

SCHWEIZER REVUE

Die Zeitschrift für Auslandschweizer
Juni 2015

**Die Währungspolitik der Schweizer
Nationalbank ist heiss umstritten**

**Alle reden von Integration und keiner
weiss wirklich, wie Integration funktioniert**

**Frauenfussball: Die Schweizerinnen spielen
an der WM, doch beachtet werden sie kaum**

halloSWISS.ch



Internationale Krankenversicherungen

Umfassende, weltweite Deckung u. unbeschränkte Arzt- und Spitalwahl

SIP SWISS INSURANCE PARTNERS

Tel. +41 44 266 61 11
info@sip.ch

Kompetenz. Erfahrung. Unabhängige Beratung.

www.sip.ch

Bewirtschaftung | Vermarktung – Ihr Partner in der Ostschweiz



Damit Sie sich um nichts kümmern müssen, sorgen wir uns umfassend um Ihre Liegenschaft in der Heimat.



EGELI Immobilien AG

Teufener Strasse 36 | 9000 St. Gallen | 071 221 11 77 | egeli-immobilien.ch

Glückskette

DIE SOLIDARISCHE SCHWEIZ

Informationen auf www.glueckskette.ch oder www.swiss-solidarity.org.

MIET-PW, MIET-Camper, MIET-4x4

Ilgauto ag, 8500 Frauenfeld

200 Autos, 40 Modelle, ab Fr. 500.-/MT inkl. 2000Km



Tel. 0041 52 7203060 / www.ilgauto.ch

Internationale Kranken- und Unfallversicherung

- Nach Schweizer Modell
- Privater Versicherungsschutz lebenslang
- Freie Arzt- und Spitalwahl weltweit

Ausserdem:

- Internationale Erwerbsausfallversicherung
- Internationale Pensionskasse

Individuelle Lösungen für:

- Auslandschweizer
- Auswanderer aller Nationalitäten
- Kurzzeit-Entsandte / Local Hire



Kontaktieren Sie uns!

Tel: +41 (0)43 399 89 89

www.asn.ch

ASN, Advisory Services Network AG
Bederstrasse 51
CH-8027 Zürich
info@asn.ch



Universität St.Gallen



Die Universität St.Gallen (HSG) ist eine der führenden Wirtschaftsuniversitäten Europas, geprägt durch ihre ganzheitliche Ausbildung auf höchstem Niveau. Mit dem Angebot von zweisprachigen Bachelor-Programmen (deutsch & englisch) unterstreichen wir unsere internationale Ausrichtung.

Gerne führen wir Sie bei Ihrem nächsten Aufenthalt in der Schweiz über den Campus und stehen für Fragen zur Verfügung.

Universität St.Gallen (HSG) | +41 (0)71 224 37 02
info@unisg.ch | www.unisg.ch



Prognosen im Wahljahr

- 4 Briefkasten
- 5 Gelesen
- 6 Gesehen
Samir und seine irakische Familie
- 8 Schwerpunkt
Integration: Ein Erklärungsversuch
- 12 Kolumne
Georg Kohler über Wahlkampfrhetorik
- 13 Politik
Der starke Franken: Fluch oder Segen?
- 16 Interview
Botschafter Guldemanns politische Ambitionen
- Regionalseiten
- 17 Politik
Einwanderungspolitik: Die verzwickte Aufgabe des Bundesrates
- 19 Wirtschaft
Die grossen Pläne von Camille Bloch
- 22 Sport
Die belächelten Fussballerinnen
- 24 ASO-Informationen
- 27 Aus dem Bundeshaus
- 30 Trouvaillen und Echo



Es herrschte Hochbetrieb bei den Schweizer Politikanalysten am 12. April. Die Wahlen im Kanton Zürich sorgten für Aufregung von Romanshorn bis Genf. Alle wollten wissen, ob sich aus den Resultaten von Zürich der Ausgang bei den Parlamentswahlen im Oktober ableiten lasse. Und was sagten die Experten? Ja, ja, sagten die einen, die andern sagten nein, nein, und alle lieferten eloquente

Erklärungen für ihre Meinung. Zusammengefasst: Keiner weiss es. Auffallend ist, dass die FDP, einst staatsbildende und staatstragende Partei, sich nach fast zwanzig Jahren im Sinkflug gefangen hat. Das ist erfreulich. Dies vor allem, weil es in den gegenwärtig schwierigen Diskussionen um die Beziehungen der Schweiz zu den Nachbarn in Europa eine starke bürgerliche Stimme braucht, die, anders als die SVP, die EU nicht als Feind, sondern als engen Nachbarn und wichtigen Handelspartner sieht. Ein Nachbar, mit dessen Schicksal die Schweiz eng verbunden ist. Das Kultivieren des EU-Feindbildes und nationalistischer Selbstgerechtigkeit werden der Schweiz sicher keinen Nutzen bringen.

Über den Stand der Dinge bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und über die äusserst schwierige Situation, in der sich der Bundesrat dabei befindet, berichtet Redaktor Jürg Müller ab Seite 17. Das Fazit seiner Analyse, die natürlich eine Momentaufnahme ist: Der Bundesrat ist auf der Suche nach der Quadratur des Kreises.

Dem Thema Integration widmen wir den Schwerpunkt in diesem Heft. Integration ist eng mit der Zuwanderung verbunden und deshalb im Wahljahr ein Dauerthema. Doch was genau ist Integration? Wie integriert man sich in eine Gesellschaft? Oder wird man eher von einer Gesellschaft integriert? Und werden Integrationsbemühungen von allen in gleichem Masse erwartet? Unser Redaktor Marc Lettau hat sich auf die Suche nach Antworten gemacht. Seinen Beitrag finden Sie ab Seite 8.

Nochmals kurz zurück zu den Wahlen in Zürich: An die Urnen gegangen sind am 12. April nur knapp über 30 Prozent der Stimmberechtigten. Das ist unerfreulich, denn das bedeutet: Eine Minderheit entscheidet. In Hinblick auf die nationalen Wahlen möchte ich Sie als Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer darauf hinweisen, dass Sie sich ins Wahl- und Stimmregister eintragen müssen, um an den Wahlen teilnehmen zu können. Einen Anmeldetalon finden Sie auf Seite 25.

BARBARA ENGEL, CHEFREDAKTORIN



Titelbild: Schweizer Flagge vor dem Euro-Signet der Europäischen Zentralbank EZB. Aufgenommen in Frankfurt am Main.

Bild: © Keystone Martin Ruetschi

Bitte mehr Fairness und Ausgewogenheit

Weshalb habe ich mehr und mehr das Gefühl, die «Schweizer Revue» tendiere zu einem eher liberalen «Reportagenstil», statt uns Auslandschweizer sachlich, fair und ausgewogen über die laufenden politischen Entwicklungen in der Schweiz zu informieren? In keiner einzigen Ausgabe der «Schweizer Revue» wird konservative Ideologie auch nur ansatzweise in Frage gestellt. In den meisten angrenzenden Ländern herrscht der Liberalismus und Sozialismus vor. Könnte es sein, dass der durchschnittliche Schweizer eher rechts als links denkt und dass die Schweiz deshalb seit je her ein Hort der Stabilität und des Wohlstands ist? Bitte kommentieren Sie die politische Landschaft in der Schweiz doch mit mehr Fairness und Ausgewogenheit. HANSJÖRG FRICK, KANADA

An wen denken die Politiker

In Ihrem Editorial «Kein Interesse am Volk» treffen Sie den Nagel auf den Kopf. Genau so sehe ich die politische Landschaft der Schweiz. Dabei gäbe es so viel Wichtiges zu behandeln. Aber es ist wie überall auf der Welt: Die Politiker denken zuerst mal an sich, dann an die Partei und dann an die Grosskonzerne, an die Industrie und vielleicht dann – aber wirklich nur vielleicht – an den kleinen Bürger, der tagtäglich seiner Arbeit nachgeht, der die Strassen putzt, den Müll wegräumt, die Menschen zur Arbeit fährt etc. Das

ist die Realität im heutigen Alltag. Allerdings spielen die Politiker mit dem Feuer. Vielleicht reicht es der Putzfrau, dem Müllmann, dem Fahrer, dem Arbeiter irgendwann. Was dann? FELIX ROSHARDT, GMUNDEN, ÖSTERREICH

Weiter so

Herzlichen Dank für die letzte, sehr interessante Ausgabe der «Schweizer Revue»! Ihre Arbeit ist sicher nicht immer einfach, angesichts der zu behandelnden Anliegen und Themen, doch die letzte Nummer hat mich sehr beeindruckt. Machen Sie bitte weiter so.

ADRIAN K. H. KESSLER, PENANG, MALAYSIA

Gleiche Rechte für alle

Ein Schweizer und eine Schweizerin bleiben auch im Ausland Schweizer Bürger. Also ist die Vertretung der Auslandschweizer im Parlament richtig. Ich kann mir nicht gut vorstellen, dass zehn Prozent der Schweizer Bevölkerung von der Politik nicht mit den gleichen Rechten behandelt werden.

MAURO MATTIOLI, FRANKREICH

Ich träume wohl

Beim Lesen des Editorials traute ich meinen Augen kaum! Haben Sie überhaupt die Probleme der Menschen in der EU erkannt? Verlust der bürgerlichen Freiheiten, weil die Staaten den EU-Verordnungen folgen müssen und ihre Souveränität einbüßen, Wirtschaftsflaute ... Ich lebe

Ein 27. Kanton für die Auslandschweizer

746 000 Schweizer wohnen im Ausland. Würden sie einen Kanton bilden, wäre es von der Einwohnerzahl her der viertgrösste.

Stellt die Fünfte Schweiz den 27. Kanton der Eidgenossenschaft dar?

Braucht es Auslandschweizer im Parlament?

> *Wie denken Sie darüber?*

> *Äussern Sie Ihre Meinung auf:*



Nehmen Sie auch an den Diskussionen von SwissCommunity.org teil. Melden Sie sich jetzt gratis an und verlinken Sie sich weltweit auf: www.swisscommunity.org

SwissCommunity.org ist ein Netzwerk der Auslandschweizer Organisation (ASO)

SwissCommunity-Partner

SWI swissinfo.ch

SWISScare
Expatriate Health Insurance

Schweiz Tourismus.



in Frankreich und will mich nicht über die Migrationsproblematik auslassen. Aber darüber abzustimmen, hat definitiv keinen Sinn mehr. Das Parteienregime verdreht alles, was es eigentlich umsetzen sollte. Fest steht jedenfalls, dass Sie die direkte Demokratie wohl nicht sehr mögen. Sie ist ja auch die Waffe des Volkes. Und wenn das Schweizer Volk nicht so will wie Sie und Ihre Parteifreunde, dann muss man es eben verändern. Wenn Sie sich also weiterhin Demokratinnen nennen, ist das zumindest widersprüchlich. VÉRONIQUE D'ACORSI-DECAILLET, FRANKREICH

Ich wünsche mir eine bessere Vertretung

Ich bin Auslandschweizerin und arbeite in England. Ich gehöre keiner Partei an, stimme regelmässig ab und informiere mich stetig über Schweizer Belange. Ich glaube sogar, ein viel besseres Bild zu haben als viele in der Schweiz lebende Genossen! Die Schweiz ist keine Insel, und sozusagen als Herz Europas erscheint sie mir doch immer wieder sehr isoliert, und kurzsichtig. Ich verstehe zwar, dass Auslandschweizer in Thailand andere Anliegen haben als jene in Uruguay, England oder sonst wo. Europapolitik und aussereuropäische Politik unterscheiden sich stark. Ein Beispiel: Auslandschweizer im EU-Raum dürfen ab dem 30. Altersjahr nicht mehr freiwillig AHV bezahlen – sie werden gezwungen, Lücken in ihre AHV zu machen – ausserhalb des EU-Raums darf weiterhin freiwillig eingezahlt werden. Für Auslandschweizer im EU-Raum resultiert dies in stark gekürzten Renten. Für Schweizer im EU-Raum sehe ich deshalb absolut einen Bedarf, im Parlament vertreten zu sein. Heute ist es völlig normal, dass junge Leute einige Jahre im EU-Raum arbeiten. Ich wäre sehr froh, wenn ihre und meine Interessen und Rechte besser im Parlament vertreten wären. CLAUDIA STAUSS, ENGLAND

20 Prozent in der Schweiz ohne Stimmrecht

Wenn wir über die Demokratie in der Schweiz nachdenken, ist das Wichtigste, dass erst einmal alle ständigen Einwohner der Schweiz das Recht haben mitzubestimmen, was im Land geschieht. Leider sind über 20 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, weil sie, aus welchen Gründen auch immer, kein kleines, rotes Büchlein besitzen. Dies ist nun ein sehr viel gravierenderes Problem als jenes, dass Auslandschweizer eine Vertretung im Parlament verdienen. Ich hoffe, dass gerade wir als Auslandschweizer diese Verletzung der politischen Rechte von Einwohnern (wie sie einige von uns sicher auch selber in ihrer Wahlheimat erleben) beenden möchten. Ich denke, in diesem Punkt wäre es noch wichtiger, aktiv zu werden. ANDREAS BÜRKI, BERLIN

Dringend nötig

Es wäre absolut notwendig, eine Behörde zu haben, die die Anliegen der Auslandschweizer entgegennimmt und diese auch im Parlament vertritt. Bundesrat Berset hatte in seiner 1.-August-Rede in Thailand betont, wie wichtig Auslandschweizer für die Schweiz wären und was für Leistungen Auslandschweizer für die Schweiz erbringen würden. Da stellt sich aber die Frage: Was tut die Schweiz für die Auslandschweizer? Jedenfalls braucht es dringend eine Vertretung im Parlament, die die Anliegen der Auslandschweizer entgegennimmt und ernsthaft vertritt. HERBERT STÄHELI, PATTAYA, THAILAND

Doppelbödiges Überwintern



CHARLES LEWINSKY:
«Kastelau».
Verlag Nagel und Kimche,
München 2014.
398 Seiten. CHF 35.90,
ca. Euro 33.70

Was tun, wenn man im Berlin von Ende 1944 den militärischen Zusammenbruch vor Augen hat und nur noch eines will: seine Haut retten? Der Schweizer Schriftsteller Charles Lewinsky destilliert aus dieser Endzeitstimmung heraus einen tragisch-komischen Roman der Extraklasse. Ein Team des Filmunternehmens UFA erschleicht sich den Auftrag, einen Propagandastreifen zur Stärkung des Durchhaltens zu drehen, und zwar in den bayerischen Alpen. Und so macht sich ein bunt zusammengewürfelter Filmtruss auf den Weg, wobei – mehr oder weniger stillschweigend – allen klar ist, dass das primäre Ziel nicht der Film, sondern die Flucht aus dem Hexenkessel Berlin ist.

Die echten Herausforderungen beginnen dann in Kastelau. So heisst das abgeschiedene und fiktive Kaff, wo es – im doppelten Sinn des Wortes – zu überwintern gilt. Denn man muss ja so tun, als ob. Keiner im Dorf darf Verdacht schöpfen, dass hier nicht ernsthaft an einem Film im Dienst des deutschen Endsiegs gearbeitet wird. Auch das Filmteam ist ambivalent: halb regimetreu, halb desertierend. Und als sich die Amerikaner nähern, muss man die paar lustlos gedrehten Szenen noch schnell so um- und neu zusammenschneiden und ergänzen, dass aus dem Nazi-Streifen mit dem Titel «Lied der Freiheit» ein heldenhaftes Filmdokument des Widerstands gegen das Regime wird. Man will ja schliesslich den vorrückenden Alliierten nicht als Nazi-Propagandatrupp in die Hände fallen.

Durch das Filmteam wird Kastelau, das biedere Dorf, zur skurrilen Bühne all der Charaktere, die eine Diktatur nun mal so hervorbringt: überzeugte Nazis, Anpasser, Regimegegner, Durchmogler, Wendehälse. Ein solcher Wendehals ist es auch, der im Zentrum des Geschehens steht. Walter Arnold machte zuerst als Schauspieler in Nazideutschland Karriere, dann als Arnie Walton in Hollywood. Der Amerikaner Samuel A. Saunders kommt auf die Spur dieser Geschichte, recherchiert, entdeckt Papiere, führt Interviews. Charles Lewinsky verfertigt eine zu Beginn des Buches etwas chaotisch anmutende Collage dieser – vollkommen fiktiven – Dokumente, die sich aber rasch zu einem immer temporeicheren Roman verdichten. Mehr noch: Es werden elementare Fragen menschlichen Verhaltens in Extremsituationen behandelt, in einer grandiosen und trotz aller Tragik und Dramatik unterhaltsamen, spannenden Art und Weise. Lewinsky, der mit «Melnitz» und «Gerron» bereits meisterhafte historische Romane geschrieben hat, erweist sich mit der doppelbödigen Fiktion «Kastelau» auch von der Erzähltechnik und der Konstruktion der Geschichte her als einer der einflussreichsten Schriftsteller deutscher Sprache. JÜRIG MÜLLER

Eine irakische Familie, verstreut über die Welt

Mit sechs Jahren ist Samir aus dem Irak in die Schweiz gekommen. Das war 1961. Heute ist er einer der bekanntesten Filmregisseure der Schweiz. Vor gut zehn Jahren hat er damit begonnen, die Lebenswege seiner irakischen Verwandten zu erforschen, die Schicksale von Geschwistern, Onkeln, Tanten, Cousins und Cousinen, die aus der Heimat geflüchtet sind und über die ganze Welt verstreut leben. «Iraqi Odyssey» heisst der Dokumentarfilm, der daraus entstanden ist.

Den Bildern, die wir heute vom Irak haben, Bilder von zerstörten, staubigen Landstrichen, von bärtigen Kriegeren, von Bombenterror und Frauen mit schwarzem Tschador, stellt Samir die Bilder seiner Erinnerung gegenüber. Bilder aus dem Irak der Fünfziger- bis Siebzigerjahre, Bilder einer pulsierenden Stadt mit westlich gekleideten Frauen, die an der Universität studieren und sich fröhlich in Gesellschaft galanter Männer amüsieren. Samir führt selbst aus dem Off durch seinen Film, der sowohl Familienepos als auch Geschichtslektion ist. Durch das orientalische Flair fürs Erzählen und den Humor von Samir und seinem Onkel Jamal aus London ist, trotz der oft harten Schicksale der Exilierten, ein herzerfrischender Film entstanden.

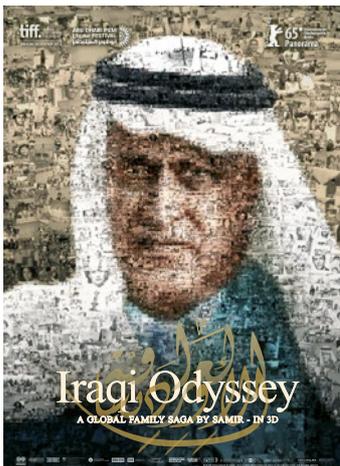
BARBARA ENGEL

In den Kinos ist der Film in Deutschland und Italien ab Juli 2015 zu sehen, im ehemaligen Jugoslawien im Frühherbst 2015. Vorführungen in anderen Ländern sind noch nicht terminiert.

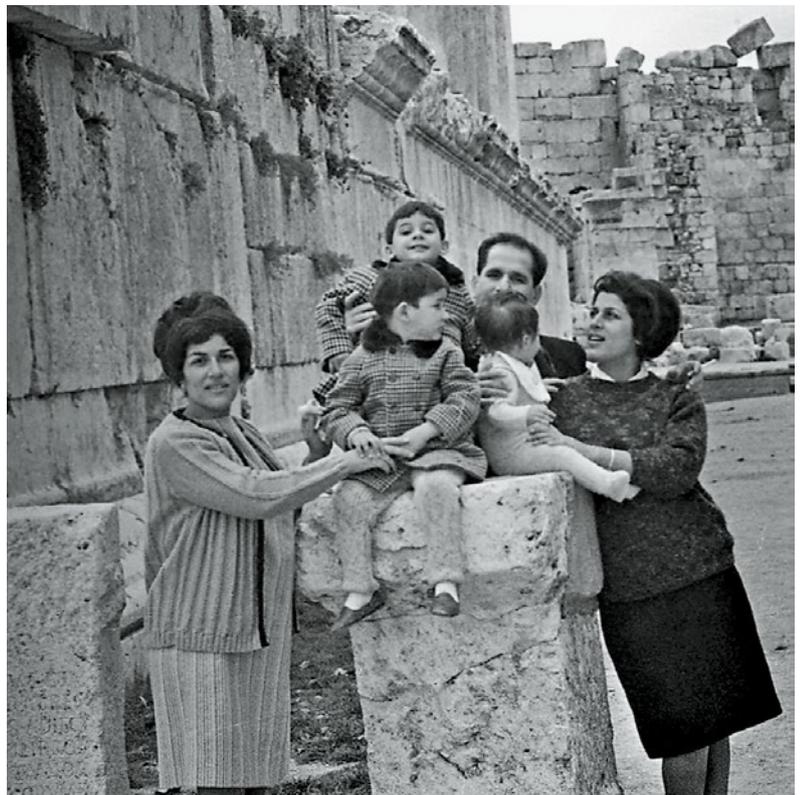
DVD und VOD kommen im Februar 2016 auf den Markt.

Über Website

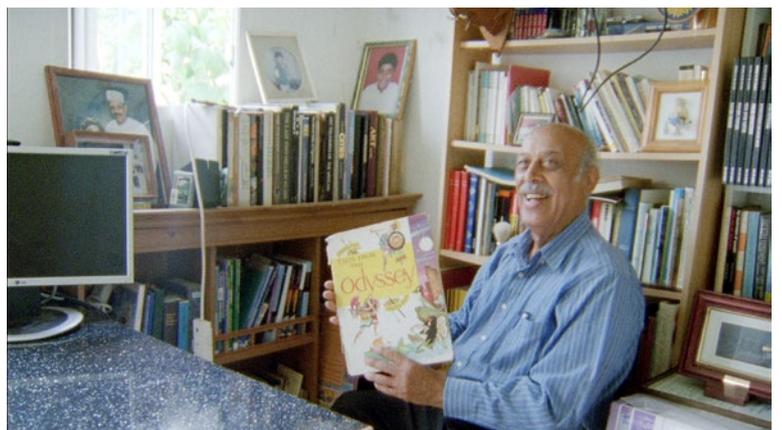
www.iraqiodyyssey.ch läuft ein Projekt, bei dem andere Iraker ihre Geschichte erzählen können.



Regisseur Samir mit seiner Schwester Hayath 1958 im Irak vor dem Auto des Vaters



Samir mit Verwandten 1967 bei den Ruinen von Baalbek im Libanon



Sabah Jamal Aldin, Samirs Onkel, der heute in London lebt



Samirs Vater Riad (hinten 2. von links) mit Freunden und Cousins im Irak um 1935



Familienpicknick 1959 in der Nähe von Bagdad mit Samir als kleiner Junge



Die Rashid Street in Bagdad, 1956



Souhir, die Halbschwester von Samir. Im Hintergrund Treffen der Muqtada-Miliz, 2007



Samir mit seinem Cousin Jamal al Tahir, der in Moskau lebt

Besuch auf der grossen Baustelle der Integration

Zuwanderung: So heisst in der Schweiz der politische Zankapfel des Jahres. Für die bereits Zugewanderten vor allem ist die Frage brisant, wie sich die Schweiz künftig Eingliederung vorstellt. Soll der Staat Integration stärker fordern und fördern? Oder ist Integration alleinige Pflicht der Zugewanderten?

MARC LETTAU (TEXT)

ANDREA CAPREZ (ILLUSTRATION)

Nennen wir den Mann mit den zupackenden Händen Enver. Der 34-jährige Kosovare lebt in Basel, ist geübt im Umgang mit Maurerkelle und Mörtel. Er erscheint Tag für Tag mit schweizerischer Pünktlichkeit am Arbeitsort. Aber als «gut integriert» gilt er nicht. Er kann sich nur schlecht in Deutsch verständigen. Schreibt der Hauswart im Block «Kehrichtsäcke nicht am Vorabend vors Haus stellen!», missdeutet Enver den Hinweis und stellt seinen Müll schon mal vor die Tür: Er will ja nicht der Letzte sein. Öfter mal zahlt er Rechnungen deutlich später, als in der Schweiz üblich. Öfter mal ist er nämlich nicht liquid. Enver hat Schulden, stottert diverse Kleinkredite ab.

Integration per Vertrag

Doch heute sitzt Enver im Migrationsamt und liest ein in seiner Muttersprache verfasstes Papier: «Kjo Marrëveshje e Integritimit duhet të kontribuojë që të nxitet integrimi në rrafshin individual...». Ohne zu zögern setzt er seine Unterschrift unters Papier. Unterschrieben hat er eben gerade eine Integrationsvereinbarung – einen Vertrag zwischen ihm und dem Kanton Basel-Stadt. Er verpflichtet sich vertraglich, Deutsch zu lernen und die Schuldenberatungsstelle aufzusuchen. Das Ziel ist einfach: Der Kosovare soll für sich und seine Familie die Zukunftsperspektive verbessern. Wäre Enver ein Rüpel, hätte er auch zu einem Lernprogramm zur Gewaltprävention verpflichtet werden können. Aber dazu besteht bei ihm kein Anlass. Sein Wohnkanton Basel-Stadt bietet Jahr für Jahr rund 50 Ausländer aus

Nicht-EU-Staaten auf, um eine Integrationsvereinbarung zu unterschreiben. Man tue dies «als Fördermassnahme», sagt Andreas Knuchel, der Sprecher des Justiz- und Sicherheitsdepartements des Kantons Basel-Stadt. Was sich Förderung nennt, ist aber mit Forderung verknüpft. Wer das vereinbarte Ziel nicht verfolgt, wird ermahnt, in einem zweiten Schritt verwarnt. Im Extremfall verlieren Säumige das Recht, im Land zu bleiben. Die Ziele würden in zwei Dritteln aller Fälle ganz oder teilweise erreicht, sagt Knuchel. In den übrigen Fällen prüfe das Migrationsamt jeweils «weitere Massnahmen». Basel ist keine Ausnahme. Immer mehr Kantone setzen auf diesen Weg, um ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu zu bewegen, sich eingehender mit den schweizerischen Lebensbedingungen und Alltagsregeln auseinanderzusetzen.

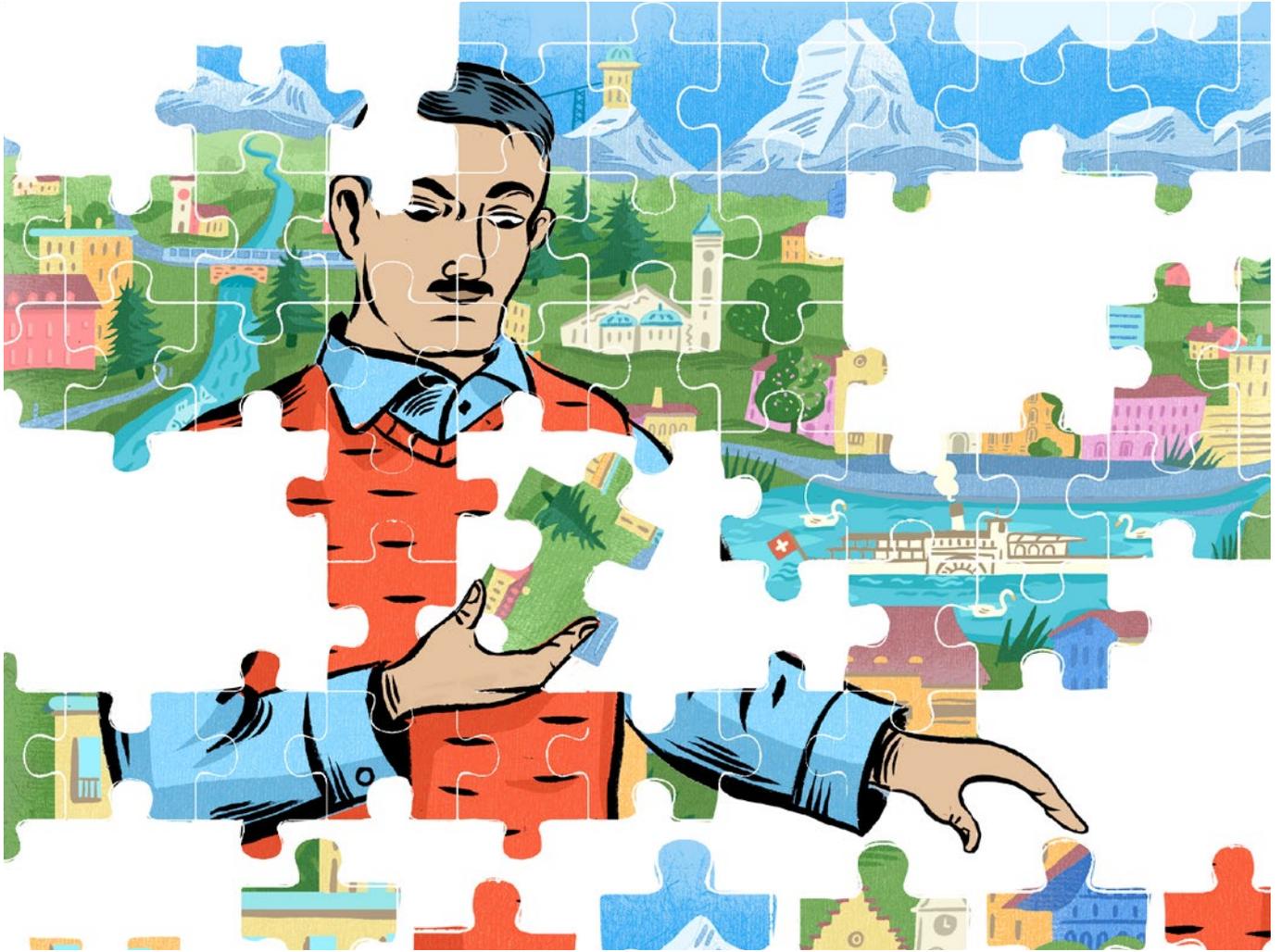
Im Grundsatz ist alles klar

Naheliegender ist, warum Bund, Kantone und Gemeinden Integration ein Anliegen ist. Einerseits ist es eine gemeinsame Erfahrung, dass gut eingegliederte Zuwanderer immer wieder Wesentliches zur Prosperität des Landes beigetragen haben. Andererseits ist es die verbreitete Ansicht, dass ohne Integration der Alltag – etwa der Schulalltag – schwieriger ist. Vor allem aber ist Integration gesetzlicher Auftrag. Das schweizerische Ausländergesetz nennt das Warum: Es gelte auf ein «Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung auf der Grundlage der Werte der Bundesverfassung und gegenseitiger Achtung und Toleranz» hinzu-

wirken. Das Gesetz nennt aber auch das Wie. Integration könne nur gelingen, wenn die einheimische Wohnbevölkerung dies unterstütze. Sie setze nicht nur den Willen der Zugezogenen voraus, sondern in gleichem Mass «die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung».

Veränderte Wetterlage

Die mässigen Sprachkenntnisse des Bauarbeiters Enver haben einen Vorteil: Er nimmt nicht so direkt zur Kenntnis, wie kontrovers derzeit über die künftige Ausrichtung der schweizerischen Integrationspolitik debattiert wird. Vordergründig ist zwar das Stichwort Zuwanderung das alles dominierende. Aber das Ringen um die Umsetzung der vom Volk am 9. Februar 2014 angenommenen Masseneinwanderungsinitiative verändert auch das Klima für die bereits ins Land Zugewanderten. Die Revision des Ausländergesetzes stand zwar schon vor der Abstimmung auf der Agenda des Bundesrats: Weil er den Grundsatz des Förderns und Forderns stärken will. Doch die grösste politische Partei im Lande, die SVP, stemmt sich gegen mehr staatliches Engagement. Die Partei, die in der Ausländerpolitik den Takt angibt, nimmt in ihrem Positionspapier zum Thema Integration eine apodiktische Haltung ein: «Integration ist keine Staatsaufgabe, sondern primär Aufgabe der Zugewanderten – eine Konsequenz ihres Entscheides, sich die Schweiz als Lebens- und Arbeitsort auszusuchen.» Und als Kurzformel konstatiert die SVP: «Integration ist kein Selbstbedienungsladen.» Einmal also Integration als gegenseitiger Akt, einmal Integra-



tion als private Hausaufgabe. Die Positionen liegen weit auseinander, entsprechend unklar ist, wo die Reise enden wird.

Nach der Zäsur die Verhärtung

Jene, die Ausländerinnen und Ausländer bei ihren Integrationsbemühungen begleiten, sehen den Volksentscheid vom 9. Februar 2015 als harte Zäsur. Heidi Mück vom «Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten» (FIMM), dem Dachverband der Migrantenorganisationen der Schweiz, spricht von einem Rückschlag: «Viele der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer leiteten vom Volksentscheid ab, sie seien hier nicht mehr erwünscht.» Bei der Integrationspolitik und ihren eigentlichen Zielen, «jenen, die hier leben, arbeiten und Steuern bezahlen, die grösstmögliche Partizipation zu gewähren», herrschten heute «verhärtete Voraus-

setzungen», sagt Mück. Von einer sachlichen Debatte übers Thema Integration sei die Schweiz derzeit weit entfernt. Als Beleg dafür nennt sie die gesunkene Hemmschwelle in den Medien. Mit pauschalisierenden Aussagen – etwa über «Kosovo-Raser» – würden Vorurteile bedient und zementiert. Mücks grössere Sorge: «Auch der Ton im politischen Diskurs ist härter geworden, Schlagworte wie «Scheinasylanten» oder «Sozialhilfebetrüger» etablieren sich im Wortschatz nationaler Politikerinnen und Politiker.»

Der demografische Wandel hält an

Während Enver Deutsch büffelt und die Politik um Lösungen in Sachen Zuwanderung und Integration ringt, geht die demografische Veränderung der Schweiz weiter. Die Umwälzung ist beachtlich. Hoch ist die Zahl der Auswanderer, 2013 sind es 78 000. Deutlich höher ist die Zahl der Zu-

Sich ein Bild zu machen von Land und Leuten, ist keine einfache Aufgabe

wanderer: 167 000. Unter dem Strich bleibt ein beträchtliches Wanderungssaldo. Zwar sind die Zuwanderungszahlen klar tiefer als in den 1960er-Jahren, als bis zu 210 000 Menschen (1962) ins Land strömten, unter ihnen viele arbeitswillige Italiener. Integrationsfachleute nennen das Beispiel denn auch gerne als Beleg für die grosse Integrationsleistung der Schweiz. Der Beweis für diese Leistung sei, dass sich die allermeisten der 1,8 Millionen in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer ohne nennenswerte Schwierigkeiten in die Gesamtgesellschaft einfügten.

Boden für Polemik

Nur: Längst nicht von allen Ausländerinnen und Ausländern werden im gleichen Mass Integrationsbemühungen gefordert. Das schafft Ungleichbehandlungen. So ist es zwar theoretisch möglich, dass in der Schweiz lebende

EU-Bürgerinnen und -Bürger über eine Integrationsvereinbarung in die Pflicht genommen werden – wie der Kosovare Enver. In der Praxis geschieht das nicht. Und die Forderung, wer hier wohne, dürfe nicht in einer Parallelwelt leben und müsse sich deshalb in einer Landessprache verständigen können, gilt nicht für alle: Gutbetuchte und ausschliesslich englisch sprechende Experten, die – etwa in der Finanzwirtschaft – in einer gänzlich vom schweizerischen Stammtisch abgekoppelten Parallelwelt leben, bleiben von Integrationserwartungen unbehelligt.

Dafür gibt es Integrationswillige, deren Integration aus Sicht der Mehrheitsbevölkerung höchst umstritten ist. Die Rede ist von den rund 100 000 in der Schweiz gestrandeten Papierlosen, so genannten Sans-Papiers, die zum Teil schon seit Jahrzehnten hier leben und arbeiten. Da ohne Aufenthaltsbewilligung, werden Sans-Papiers oft ausgebeutet. Linksparteien und Menschenrechtsorganisationen pochen deshalb auf die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus. Am anderen Ende des politischen Spektrums lösen solche Anliegen schieres Entsetzen aus: «Die Bagatellisierung der Sans-Papiers-Problematik durch die Mitte-links-Mehrheit und der Verweis auf vermeintliche Grundrechte untergräbt die Schweizer Ausländerpolitik», sagt die SVP. Sie fordert einfach: «Illegal Anwesende haben die Schweiz zu verlassen.»

Beispiel Religion

Verdienen Ausländerinnen und Ausländer dann Respekt, wenn sie ihren Integrationswillen bewiesen haben? Oder braucht es Respekt, damit sie ihren Integrationswillen überhaupt zeigen können? Diese Fragestellung wiederholt sich stets aufs Neue. Besonders deutlich wird sie, wenn es um das Verhältnis der Schweiz zu den rund 400 000 im Land lebenden Muslimen und Musliminnen geht. Der Vorschlag,

die Anerkennung muslimischer Glaubensgemeinschaften in Erwägung zu ziehen, weil so die Integration junger Muslime verbessert und die Bildung einer Parallelgesellschaft verhindert werden könne, ist in der Schweiz derzeit nicht mehrheitsfähig. Muslime stehen deshalb nicht nur unter Anpassungs-, sondern auch unter anhaltendem Rechtfertigungsdruck. Muslimische Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Niederhasli im Kanton Zürich erklärten zu ihrer Befindlichkeit unlängst in einer Reportage des Deutschschweizer Radios (SRF1): Sie müssten sich laufend für Taten von Terroristen entschuldigen, dabei entsetze und erschüttere deren Tun sie genauso stark wie ihre nichtmuslimischen Freundinnen und Freunde.

Im Wechselbad zwischen Ausgrenzung und Anpassungserwartungen hat sich die Integration der Muslime in der Schweiz im letzten Jahrzehnt verschlechtert. Zumindest lässt die Heiratsstatistik des Bundes diesen Schluss zu. 2001 heiratete noch die Hälfte aller Muslime jemanden einer anderen Religionsgemeinschaft. Mischehen gelten gemeinhin als Ausdruck eines unbelasteten Austausches zwischen den Kulturkreisen. Zwölf Jahre später, 2013, waren Ehen zwi-

schen Muslimen und Andersgläubigen die Ausnahme. Über 80 Prozent heirateten innerhalb der eigenen Glaubensgemeinschaft. Die Gründe dafür seien in der anhaltenden Skepsis der Mehrheitsgesellschaft den Muslimen gegenüber zu suchen, sagt der iranisch-stämmige Soziologe Farhad Afshar. Diese Meinung teilt die schweizerische Bischofskonferenz.

Sommarugas schwieriges Dossier

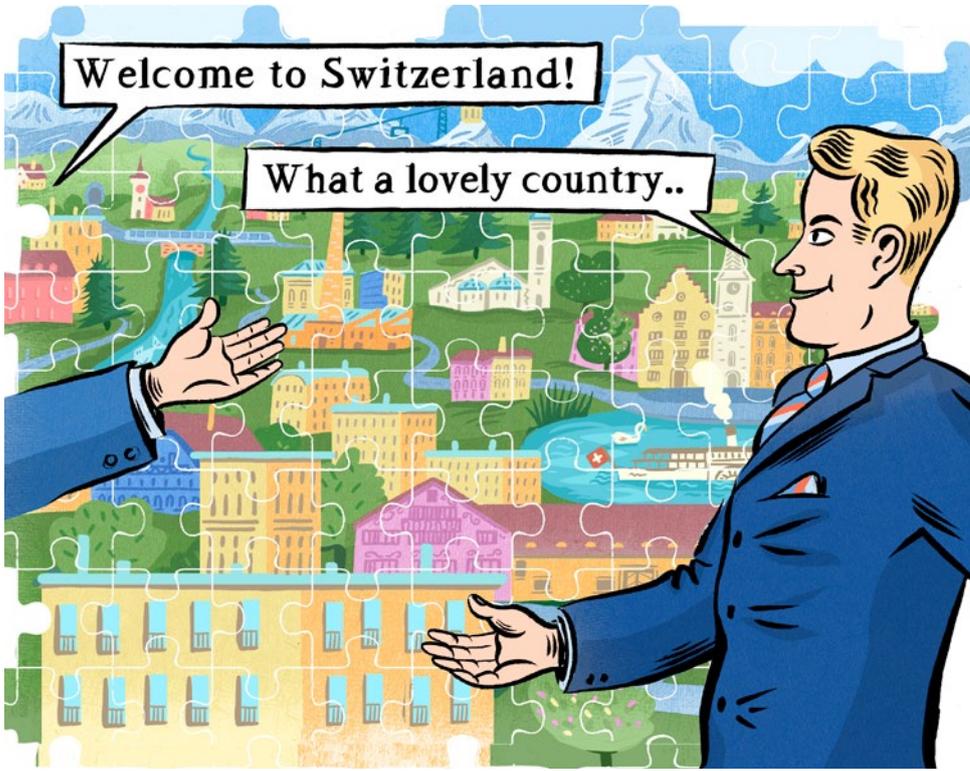
«Das Dossier Zuwanderung ist ein schwieriges. Der Druck ist hoch.» So lautete das Fazit von Bundespräsidentin und Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) ein Jahr nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative. Der Clinch mit der EU angesichts der vom Schweizer Volk geforderten Drosselung der Zuwanderung hält an. Trotz der Ungewissheiten sagt die Justizministerin klar, die Neuregelung der Zuwanderung dürfe kein neues Integrationsproblem schaffen. Insbesondere stellt sie sich gegen die Idee, wieder Arbeitskräfte ohne Recht auf Familiennachzug ins Land zu holen: «Der Bundesrat will keine Saisoniers mehr. Wir hatten ein Saisoniersstatut. Das hatte die dramatische Auswirkung, dass sich Frauen und Kin-

Integration bedeutet: Stück für Stück zu begreifen, wie das Leben funktioniert, aber auch, als Ganzes wahrgenommen zu werden

Wanderland Schweiz

Eine sehr rege Wandertätigkeit prägt die Schweiz schon seit Jahrhunderten. Eine grössere Einwanderungswelle führte bereits im 16. Jahrhundert zu einer Bevölkerungszunahme. Ende des 17. Jahrhunderts immigrierten einige Zehntausend protestantische Glaubensflüchtlinge aus Frankreich in die damalige Schweiz. Auch die Französische Revolution führte zu einer ostwärts





Hochwillkommen sind Angestellte in den Chefetagen: Integration ist hier Nebensache

der während Jahren verstecken mussten.» Von links wie rechts weht der Justizministerin in Sachen Zuwanderung – und Integration – ein kühler Wind entgegen. Das Wahljahr zeigt Wirkung: Die Temperatur der politischen Auseinandersetzung steigt, der politische Wille zum Konsens sinkt.

Einpassen oder Anpassen?

Warm anziehen wollen sich auch jene, die sich im Alltag mit konkreten Integrationsfragen auseinandersetzen. FIMM-Vertreterin Heidi Mück geht davon aus, «dass es weitere Verteidigungskämpfe um Grundrechte geben wird». Ein Dauerkonflikt sei, dass viele von Integration – also Eingliederung – sprächen, aber Assimilation – also Anpassung – meinten. Wenn sich Ausländer nicht mehr nur eingliedern, sondern bis zur Aufgabe ihrer kulturellen Identität anpassen müssten, werde die Sache erst recht kompliziert: «Ist Anpassung das Ziel, dann stellt sich ja die Frage: Anpassung an wen? Immerhin ist «der Schweizer» ja ein sehr heterogenes Wesen. Wir kennen den Normschweizer nicht.» Der Zürcher Philosoph und Migrationsethiker Andreas Cassee sagt es noch deutlicher. In den meisten europäi-

schen Ländern gebe es gar keine «Einheitskultur» mehr, an die anzupassen man verlangen könne: «Eine Katholikin aus einem abgelegenen Tal im Wallis hat mit einem urbanen Hipster aus Zürich wenig gemeinsam.» Werde Ausländern mangelnder Wille zur Integration vorgeworfen, gehe es in Wahrheit oft mehr um die Artikulation des Unmuts angesichts der schwindenden Akzeptanz eigener Nostalgie, sagt Cassee.

Die Baustelle als Schulstube

Auf jeder Baustelle gibts auch Praktiker, die, ohne lange zu politisieren, pragmatisch zupacken. Das merkt auch der zu integrierende Arbeiter Enver, der von Amtes wegen dazu aufgefordert wurde, endlich Deutsch zu lernen. Er macht gute Fortschritte, denn er besucht nicht nur den vorgeschriebenen Sprachkurs. Sein Patron gewährt ihm zusätzlich Unterricht – während der Arbeitszeit. «Deutsch auf Baustellen» heisst das Pilotprojekt, das der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) führt. Für den Verband sei das Engagement naheliegend, beschäftige die Baubranche doch überdurchschnittlich viele fremdsprachige Menschen, sagt Matthias Engel

vom SBV. Und die Baumeister stossen eine weitere Türe auf: In Sursee im Kanton Luzern werden erstmals anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene in einem einjährigen Lehrgang ausgebildet. Das ermöglicht ihnen, später eine Maurerlehre zu absolvieren – und an der Zukunft der Schweiz mitzubauen.

Für Wandel steht auch die 19-jährige Elizabeth Okisai, die eben ihre Lehre als Automatikerin bei den Verkehrsbetrieben Zürich begonnen hat. Warum das vermeldenswert ist? Die junge Kenianerin, einst Strassenkind, darf als erste Sans-Papiers überhaupt im Kanton Zürich eine Berufslehre machen. Ihr Fall steht für die sachte Gegenbewegung: In der Vergangenheit waren Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene und Sans-Papiers auf der Schwelle zum Erwachsenenalter zum Nichtstun verurteilt. Aber wer nichts tun darf, kann sich nicht integrieren, kann nicht integriert werden.

Begrenzung zwingt zur Integration

Eleonore Wettstein, die Leiterin der Basler Informationsstelle für Integration, ist angesichts solcher Tendenzen willens, die «Baustelle Integration» auch als Chance zu sehen. Wenn die Zuwanderung begrenzt und die bereits im Land Lebenden stärker gefordert würden, dann führe dies auch zur «positiven Entwicklung, dass der Bund sich stärker bemüht, Flüchtlinge ins Berufsleben einzubinden, insbesondere im Pflegebereich, im Bauwesen und in der Gastronomie». Wettstein sagt: «Flüchtlinge wurden wegen schlechter Deutschkenntnisse oft ausgenutzt oder waren zum Nichtstun verurteilt.» Jetzt eröffne sich ihnen die Möglichkeit, sich aus- oder weiterbilden zu lassen. Da diese Menschen höchstwahrscheinlich sowieso im Lande blieben, sei dies «sehr weise». Denn: «Sie sind zukünftige Schweizer.»

MARC LETTAU IST REDAKTOR DER «SCHWEIZER REVUE»

Was heisst bürgerlich? Über Common Sense und Wahlkampflogik

Georg Kohler, emeritierter Professor für politische Philosophie der Universität Zürich, beobachtet und analysiert für die Auslandschweizer über das ganze Jahr 2015 den Wahlkampf in der Schweiz

GEORG KOHLER

Nach den ersten Entscheidungen im Jahr 2015 – den Wahlen ins Kantonsparlament von Basel-Land und Luzern – bestätigt sich die Vermutung, dass es beim eidgenössischen Urnengang im Herbst zum «Lagerwahlkampf» kommen wird: Bürgerliche gegen den Rest. Die Mitte soll auf der Strecke bleiben, aber auch die Grünen und die Linken sowieso. Was neben Letzteren vor allem die BDP, die Abspaltung der SVP, die mit vollem Namen Bürgerlich-Demokratische Partei heisst, und die Grünliberale Partei (GLP) nervös machen muss.

Doch was bedeutet eigentlich «bürgerlich»? Und was meint «Mitte-links»? Dieser Kampf- und Differenzbegriff von rechts dient vor allem dazu, den gegenwärtigen Bundesrat samt der von der SVP verfeimten Bundesrätin Widmer-Schlumpf als ungenügend zu qualifizieren.

Im derzeitigen Bundesrat gehören vier Mitglieder dem bürgerlichen Verbund aus FDP, SVP und CVP an. Eveline Widmer-Schlumpf als links zu definieren, ist, nach den üblichen Kriterien der Politikanalyse, unmöglich. Den beiden Sozialdemokraten steht eine solide nicht sozialdemokratische Mehrheit gegenüber. Die Legislaturperiode 2012/2015 hat das Gremium recht erfolgreich über die Bühne gebracht. Gleichwohl: Diese gefährliche Mitte-links-Allianz sei abzuwählen, deklarieren die Wortführer der Bürgerlichkeit.

Die aktuelle Wahlkampfrhetorik und die bisherige Realität der eidgenössischen Politik sind nicht wirklich deckungsgleich. Wie lässt sich das erklären? Und was besagt diese Erklärung für die (gut)schweizerische Art, Staat zu machen? Besonders originell sind weder diese Fragen noch die Antworten; überflüssig sind sie dennoch nicht. Denn sie verweisen auf die Wirklichkeit der auch hierzulande verwandelten (Medien-) Öffentlichkeit. Eine Wirklichkeit, die dem lange gültigen Markenzeichen der politischen Nation Schweiz – mit ihrem weterfesten Common Sense – nicht mehr ohne weiteres gerecht wird.

Warum also ein «Lagerwahlkampf» als Methode im Wettbewerb um Stimmen? Ganz einfach, weil er der Logik heutiger Medienkampagnen am besten entspricht. Zielset-



zung ist die Vereinfachung samt zugehöriger Feindmarkierung. «Wir gegen die anderen», lautet das Motto. Das reduziert die Unsicherheit und gibt die Gewissheit, auf der richtigen Seite zu stehen.

Die Methode ist so alt wie die Machtgesetze des Politischen. Verwendet wird sie von links bis rechts, von Lenin wie von Goebbels – und von vielen gewinnorientierten Wahlkämpfern in demokratischen Ländern. Aber passt sie zur besonderen Demokratie der Schweiz? Eigentlich ganz

und gar nicht. Denn die schweizerische Verfassung und die durch sie bedingten Problemlösungsprozesse sind strukturell auf Kompromiss, Integration und darum auf vermittelnde, übergreifende, möglichst alle Interessengruppen berücksichtigende Ergebnisse gerichtet.

Um es in einem Gegensatzpaar zu fassen: Sie sind geeicht auf «bürgerliche» Vereinbarungen im Sinn republikanischer Gemeinnützigkeit – und nicht primär interessiert an «bürgerlicher» Ordnung im Sinn minimalstaatlicher Wirtschaftsfreiheit.

Als Mitte-links erscheint der amtierende, von einem demokratisch gewählten Parlament demokratisch gewählte Bundesrat also bloss deshalb, weil er in den letzten vier Jahren dem bürgerlich-republikanischen Verfassungskonsens entsprochen hat – keineswegs erfolglos! «Unbürgerlich» ist er nur für diejenigen, die mit bürgerlich all das verbinden, was gut zu den Entweder-oder-Regimen einer parlamentarischen Majorz-Demokratie englischer Prägung passt, nicht aber zur Schweiz mit ihrer eigentümlichen, geschichtlich gewachsenen Konkordanz-Demokratie.

Um es zu wiederholen: Zum helvetischen System gehört – schon sehr lange und aus guten Gründen – die breite Lagerung der Macht, der Respekt vor der abweichenden Meinung und die prinzipielle Anerkennung der anderen Seite als dem legitimen Mitgestalter der gemeinsamen res publica.

Man wird einwenden, der moderne Wahlkampf habe nun einmal seine eigenen Gesetze. Das mag stimmen, ändert aber nichts an der Tatsache, dass das nicht gut ist für das vielleicht Beste der schweizerischen politischen Kultur: ihren Common Sense.



WAHLEN
2015

Die Angst vor einem Kontrollverlust?

Die Entscheidung der Nationalbank zur Freigabe des Schweizer Frankens wurde von der Furcht vor einem Kontrollverlust über die Währung geleitet, glauben Ökonomen. Ein erneuter Blick auf die Aufwertung des Frankens, welche die Wirtschaft des Landes bedroht.

STÉPHANE HERZOG

Am 15. Januar gab die Schweizerische Nationalbank die Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken pro Euro bekannt. Damit kletterte die europäische Fluchtwährung umgehend auf Rekordhöhen, wobei ein Euro zeitweise nur noch 80 Rappen kostete. Gleichzeitig registrierte die Schweizer Börse allein infolge der Ankündigung dieser Massnahme einen Einbruch um knapp 15 %.

Zwar ist der Frankenkurs seitdem wieder deutlich gesunken und die Aktienkurse haben sich erholt. Doch die Schweizer Währung ist aufgrund ihrer Attraktivität – die Aufwertung betrug von Januar bis Ende März 14 % – weiterhin zu stark. Blaise Matthey, Generaldirektor des Verbands der Westschweizer Unternehmen Genf, rechnet damit, dass dieser Entscheid mit seinen Auswirkungen auf die Produktionskosten «ab diesem Jahr einen Konjunkturabschwung und wohl einen Anstieg der Arbeitslosigkeit» zur Folge haben wird. Diese Entscheidung wird die Schweiz erschüttern, glauben auch Marcelo Olarreaga und Michel Girardin, Wirtschaftsprofessoren an der Universität Genf.

Die Gründe

Warum hat die SNB gerade diesen Moment für die Freigabe des Frankens gewählt? Und warum hatte sie im September 2011 beschlossen, einen Euro-Mindestkurs festzulegen? Die beiden Professoren sind sich einig, dass das eine ausgezeichnete Entscheidung war. «Die europäische Währung hatte aufgrund der Schuldenkrise in der Eurozone stark an Wert verloren», so Marcelo Olarreaga. «Die Schweizer

Waren verteuerten sich und der Franken wurde immer attraktiver. Es bestand daher Rezessionsgefahr.» Als der Euro fast Parität mit dem Franken erreicht hatte, beschloss die SNB, auch auf Druck der Wirtschaft einen Euro-Mindestkurs von 1.20 Franken festzulegen.

Das unabhängige Organ und Währungshüter des Landes begann also Franken zu kaufen und zu diesem Kurs (und nicht darunter) zu tauschen. «Die SNB hat Franken verkauft und Vermögenswerte in Euro sowie europäische Anleihen gekauft, um die



Wirtschaftstätigkeit des Landes zu stützen», fasst Marcelo Olarreaga zusammen. Die Massnahme, Franken zu drucken, um Devisen – Yen, Dollar, Rubel usw. – aufzukaufen, bescherte der SNB aber eine Bilanzsumme von 550 Milliarden Franken, was 80 % des Schweizer BIP entsprach und letztlich Anlass zur Besorgnis gab.

Marcelo Olarreaga glaubt, dass die Entscheidung zur Aufhebung des Euro-Mindestkurses von der Angst der SNB vor einem Kontrollverlust über die Währung geleitet wurde. «Der Verfall des Rubels, der Bürgerkrieg in der Ostukraine, aber auch die von der Europäischen Zentralbank

(EZB) angekündigten massiven Anleihenkäufe liessen eine Abwertung des Euro befürchten. Die Aufrechterhaltung des Euro-Mindestkurses von 1.20 Franken hätte in diesem Fall noch mehr Euro-Ankäufe erfordert, um den Franken auf einem akzeptablen Niveau zu halten», erläutert er. Gleichzeitig glaubte die SNB, dass die in Umlauf befindliche Frankenmenge letztendlich zu einer Inflationsgefahr für die Schweiz führen könnte. «Die SNB befürchtete den Verlust ihrer Unabhängigkeit in dem Fall, dass die Frankenbesitzer – Banken, Pensionskassen, Privatpersonen – begonnen hätten, ihre Franken zu verkaufen, was eine Abwertung der Schweizer Währung bewirkt hätte», ergänzt der Genfer Ökonom.

250 Milliarden Euro in den Tresoren

Die beiden Genfer Ökonomen weisen auch darauf hin, dass die SNB einen Teil ihres Gewinns an die Kantone ausschüttet. Die Zentralbank fürchtete sich möglicherweise vor deren Reaktion in dem Fall, dass dieser Geldsegen versiegen würde, so Michel Girardin. In Anbetracht der Tatsache, dass die SNB derzeit bereits knapp 250 Milliarden Euro in ihren Tresoren hält – Devisen, die zum Teil zu einem Kurs zwischen 1.40 und 1.50 Franken gekauft wurden – «zog sie es vor, die Notbremse zu ziehen, um Schlimmeres zu vermeiden». Mit anderen Worten: Die SNB wollte verhindern, dass ihre Bilanz noch weiter aufgebläht wird und sie bei einer Aufhebung des Euro-Mindestkurses auf Bergen von entwerteten Euros sitzen würde.

Die beiden Genfer Ökonomen sind sich noch in einem weiteren Punkt ei-

nig: Der Zeitpunkt der Entscheidung war nicht richtig. Michel Girardin ist der Ansicht, dass das Hauptargument der SNB zur Rechtfertigung des Zeitpunkts ihrer Entscheidung nicht zutrifft. «Die SNB gab an, dass der Franken Anfang Januar 2015 weniger überbewertet war als im September 2011, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Euro-Mindestkurses». Doch eigentlich hat sich zwischen diesen beiden Zeitpunkten nichts verändert. Dies beweist Michel Girardin zufolge die Tatsache, dass die reale Kaufkraftparität zwischen der Eurozone und der Schweiz unverändert geblieben ist (bei 1.31 Franken für 1 Euro). Der Professor vertritt die Ansicht, dass die Abwertung des Frankens seit 2011 ausschliesslich auf die Entwicklung des Dollars zurückzuführen ist, die ihrerseits positiv für den Teil der Schweizer Wirtschaft ist, der in das Dollargebiet exportiert.

Marcelo Olarreaga weist seinerseits auf die Schwierigkeiten der latein-

amerikanischen Länder hin, ihre Währungen zu stützen. Sie müssen hierfür ihre eigene Währung mit Dollars kaufen. «Die Verteidigung einer Kursuntergrenze ist einfacher als die Stützung einer Obergrenze. Die Schweiz hatte keine Dollars zur Unterstützung ihrer Politik benötigt, sondern lediglich Franken, die sie selbst druckt. Sie hätte den Euro-Mindestkurs ohne grosses Risiko beibehalten und nur im Falle eines tatsächlichen Wertverlusts des Euros reagieren können.»

Die Situation ist sogar im Moment noch schlimmer, findet der Experte für Entwicklungsökonomie, denn die Schweiz wird nun noch massiver am Markt intervenieren müssen, um die Marktteilnehmer davon zu überzeugen, dass der Franken nicht so stark ist. «Die Kursuntergrenze sorgte für eine Vorstellung vom Wert dieser Währung. Vor Ende 2014 hat die SNB im Übrigen viele Monate lang nicht interveniert. Jetzt gibt es keinen Anhaltspunkt mehr», schliesst er seine Erklärungen.

Die Folgen eines zu starken Frankens

Anstieg der Exportpreise, relativer Lohnanstieg, Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, Anstieg der Arbeitslosigkeit: Diese Übel könnten der Schweizer Wirtschaft drohen. Blaise Matthey, Generaldirektor des Verbands Westschweizer Unternehmen Genf, gibt zwei konkrete Beispiele für die Auswirkungen des Frankenanstiegs. Das erste ist das eines Fertigungsunternehmens, das seinen ausländischen Zulieferer gebeten hat, seine Preise zu senken. «Dieser hat sich geweigert, sodass der Schweizer Unternehmer nun keinen Handlungsspielraum mehr hat», fasst er zusammen. Das zweite ist das eines Schweizer Unternehmens nahe der französischen Grenze, das Bücher für den Export in die Eurozone druckt. «Die Gesellschaft hat jüngst in ein neues Fließband investiert. Doch jetzt sind ihre Exportpreise zu hoch. Sie denkt darüber nach, den Grossteil ihrer Produktion auf die andere Seite der Grenze zu verlagern und nur noch die Verwaltung in der Schweiz zu lassen», erzählt Blaise Matthey. Über

die Ratschläge des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) an die Schweizer Unternehmen kann er nur verbittert lachen. «Die Unternehmen haben bereits in vielen Bereichen gehandelt, um ihre Produktivität zu verbessern, Neuerungen einzuführen usw.», betont er.

Seiner Meinung nach ist die Wirtschaft unter Druck und der Schweizer Alleingang in einer Welt, in der sich heute grosse Wirtschaftsblöcke wie Europa und die USA gegenüberstehen, nicht mehr haltbar. Er fragt sich: «Was ist ein Schweizer Franken wert, der seine Wirtschaft erstickt?»

Ökonomie-Professor Marcelo Olarreaga weist darauf hin, dass die Schweizer Löhne mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses schlagartig um 15 bis 20 % gestiegen sind. Das Land, dessen Exporte zu einem Grossteil nach Europa gehen, sieht sich einem Preisanstieg ausgesetzt, dessen logische Folge ein Rückgang oder bestenfalls eine Stabilität des BIP ist. «Es ist ganz einfach», erläutert der Genfer Professor, «man kann inzwischen viel günstiger im benachbarten Frankreich Ski fahren gehen.»

«Der starke Frank

Die amerikanische Professorin Suzanne sieht im starken Franken eine Chance für



STÉPHANE HERZOG

Für die amerikanische Betriebswirtschaftsprofessorin Suzanne de Treville stellt der Wegfall des Euro-Mindestkurses paradoxerweise eine Chance für die Schweizer Unternehmen dar. «Von einigen Firmenchefs habe ich erfahren, dass sie verzweifelt sind. Doch gleichzeitig steigt ihre Bereitschaft, über neue Vorschläge nachzudenken. Das ist in etwa wie nach einer Herzattacke – man ist dann offener für Ernährungsratschläge», erläutert die Professorin, die an der HEC Lausanne lehrt. Sie vertraut jedenfalls auf die Schweizer Wirtschaft, die über «ausgezeichnete Grundlagen» verfügt.

Ende März flog Suzanne de Treville zu einem Kongress des amerikanischen Handelsministeriums nach Washington. Das Thema waren Standortverlagerungen. Für die Wissenschaftlerin, die in Harvard studiert hat, bringen diese häufig mehr Probleme mit sich, als sie lösen, vor allem weil sie die Forschung und Entwicklung von der Produktion trennen. «Die Unternehmen lassen sich von den Kostenreduktionen blenden, die Standortverlagerungen ermöglichen», be-

en? Eine Chance für Produktionsveränderungen»

de Treville, Expertin für die Verkürzung von Produktionszeiten, die Schweizer Wirtschaft.

dauert sie. Aus diesem Grund setzt sie das Analyse-Tool «Cost Differential Frontier» ein, mit dem die tatsächlichen Kosten und somit die Verluste aus diesen Verlagerungen ins Ausland bestimmt werden können.

Ihre Vorschläge in drei Punkten

■ Berechnung der tatsächlichen Kosten von Standortverlagerungen:

Ab der Hälfte der 1990er-Jahre begannen Schweizer Unternehmen, ihre Produktion ganz oder teilweise ins Ausland zu verlagern, vor allem nach Asien. Das Ziel? Eine Verringerung der Produktionskosten um bis zu 30%. Doch die tatsächlichen Kosten dieser Entscheidungen bleiben verborgen, meint Suzanne de Treville. Dabei spielen mehrere Faktoren eine Rolle, darunter die längeren Lieferzeiten, die

■ Produktion von Qualitäts- und Standardprodukten:

Viele Schweizer Unternehmen bieten Produkte mit hohem Mehrwert an. Als Beispiel nennt Suzanne de Treville Fischer Connectors, ein Unternehmen, das Tausende verschiedener Steckverbinder und Kabelverbindungen anbietet. «Das sind schwankungsanfällige Produkte, die eine lokale, flexible Produktion erfordern, die an die jeweilige Nachfrage angepasst werden kann.» Eine Verlagerung der Produktion kommt also nicht in Frage, da das Unternehmen dadurch an Wettbewerbsfähigkeit verlieren würde. Das ist dem Solarmodulhersteller Flexcell 2012 passiert. Er hatte beschlossen, auf in China hergestellte Standardprodukte umzusteigen, die allerdings nicht mehr den Schweizer Anforderungen entsprachen.

Suzanne de Treville schlägt den Schweizer Unternehmen vor, zwei Ansätze zu kombinieren. Sie sollten weiterhin High-Tech-Produkte anbieten, aber gleichzeitig «B-Produkte» herstellen, die im Gegensatz zu sehr schwankungsanfälligen Waren lagerfähig sind. Ein solches Vorgehen setzt jedoch erneut Entscheidungen voraus, die der Intuition widersprechen und deren Zweckmässigkeit nur mithilfe mathematischer Analyse-Tools aufgezeigt werden kann. «Die Anlagen sollten mit zusätzlicher Kapazität ausgestattet werden», schlägt die Wissenschaftlerin vor. Bei Nachfragespitzen produziert das Werk die Produkte, die das Spezialgebiet des Unternehmens sind, hohe Margen einbringen und feste Abnehmer haben. Ruhigere Zeiten werden für die Produktion von Standardprodukten genutzt, bei denen diese hohe Pro-

duktionskapazität nicht erforderlich ist. Man muss sich also auf Kapazitätserhöhungen einlassen.

■ Verkürzung der Lieferzeiten:

«Es ist nicht möglich, Lieferzeiten zu verkürzen, ohne zusätzliche Kapazitäten zu schaffen», sagt Suzanne de Treville. Im Umkehrschluss bedeutet das: Eine Fabrik, die nur Produkte mit hohem Mehrwert herstellt, jedoch nach dem Just-in-time-Prinzip produziert, wird längere Lieferfristen haben. «In der Zwischenzeit bietet die Konkurrenz ein Standardprodukt an und der Kunde wendet sich von Produkt A ab, obwohl es seinen Bedürfnissen besser entspricht», erläutert sie. Zur Umsetzung ihrer Theorie in die Praxis hat Suzanne de Treville im März Studenten der HEC in vier Schweizer Unternehmen geschickt. Sie werden in jeder Firma ein stark schwankungsanfälliges Produkt A und ein lagerfähiges Standardprodukt B ermitteln. Anhand einer mathematischen Modellrechnung werden anschliessend die Produktionszeiten verringert. «Manchmal frage ich Firmenchefs, ob sie ihre Produktionszeiten von zwanzig Tagen auf eine Woche verringern könnten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Häufig erhalte ich die Antwort: Tja, das ist leider nicht möglich. Sie denken, dass zusätzliche Kapazitäten die Maschinenauslastung reduzieren. Unsere Tools zeigen jedoch, dass diese Lösung funktioniert.»

«Die Unternehmen lassen sich von den Kostenreduktionen blenden, die Standortverlagerungen ermöglichen.»

Schwierigkeit, die Produktqualität zu kontrollieren, und die innovationshemmende Trennung zwischen Produktion und Forschung und Entwicklung. Das Ziel ist es, diese Kosten mit Tools für die qualitative Finanzanalyse aufzuzeigen. Das ist die Aufgabe des Analyse-Tools «Cost Differential Frontier», das sie mit ihrem Kollegen Norman Schürhoff, Finanzprofessor an der HEC Lausanne, entwickelt hat. «Der Manager muss Mathematik betreiben», fasst sie zusammen. Nur so werden ihrer Meinung nach Massnahmen umgesetzt, die der eigenen Intuition widersprechen, aber dennoch notwendig sind.

STÉPHANE HERZOG IST REDAKTOR BEI DER «SCHWEIZER REVUE»

Die Anliegen der Auslandschweizer kommen zu kurz

Tim Guldemann, seit fünf Jahren Botschafter in Berlin, ist eine bekannte Figur im diplomatischen Corps der Schweiz. Nun tritt er zurück und ist bereit für eine neue Herausforderung. Er möchte in die Politik.



INTERVIEW: BARBARA ENGEL

«SCHWEIZER REVUE»: Am 29. Mai beenden Sie eine lange Karriere als Diplomat für die Schweiz. Welches war Ihre schwierigste Mission?

TIM GULDIMANN: Am schwierigsten war Kosovo, am spektakulärsten Tschetschenien mit der Vermittlung des Waffenstillstandes und der Organisation der Wahlen. Und am spannendsten waren die fünf Jahre in Iran mit der dortigen Vertretung der amerikanischen Interessen.

Wieso haben Sie Ihre diplomatische Karriere Ende der Achtzigerjahre unterbrochen?

Ich erhoffte nach dem Ende des Kalten Krieges einen europapolitischen Aufbruch auch in der Schweiz und war frustriert, dass wir uns in einer hektischen Stagnation blockierten. Ich ging ins Innendepartement, in die Wissenschaftspolitik. Zurück zum EDA kam ich Ende 1995, weil Heidi Tagliavini – sie war damals von ihrem OSZE-Einsatz aus Tschetschenien zurückgekehrt – mich aufsuchte und sagte: «Du musst nach Tschetschenien, wir brauchen jemanden, der Russisch spricht.»

Das Verhältnis Deutschland–Schweiz sei, hört man, in den vergangenen Jahren schwieriger geworden. Erleben Sie das als Botschafter so?

Das Verhältnis ist sehr robust, eigentlich fast unverwundlich, weil die Deutschen uns mögen. Ob das umgekehrt immer der Fall ist, lasse ich offen. Zwar hatten wir Konflikte im Steuerbereich, die heute mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses gelöst sind. Das grösste Problem ist heute aber die von uns angekündigte Zuwanderungsbeschränkung, die auch die deutschen Grenzgänger betreffen könnte und unser Verhältnis zur EU insgesamt belastet. Und in der südbadischen Grenzregion sind weiterhin viele Menschen über den Fluglärm verärgert.

Sie wollen nach Ihrem Rücktritt Ende Mai in die Politik einsteigen?

Ja, das wünsche ich mir. Die SP International hat mich als Kandidaten für die Nationalratswahlen vorgeschlagen. Am 29. Mai räume ich mein Büro als Botschafter in Berlin. Am 30. Mai entscheiden die Delegierten der SP des Kantons Zürich, ob sie mich auf ihre Liste setzen.

Sie möchten also als Auslandschweizer ins Parlament in Bern?

Genau, ich werde in Berlin bleiben und würde mich, falls ich gewählt werde, für die Anliegen der Fünften Schweiz einsetzen. Ich fühle mich dann aber auch dem Kanton Zürich und den Anliegen der kantonalen SP verpflichtet.

In der «Schweizer Revue» vom April erklärte Stephanie Baumann, die als Auslandschweizerin im Nationalrat sass, ein solches Mandat sei eine kaum lösbare Aufgabe.

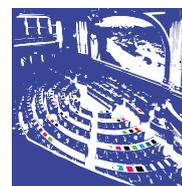
Natürlich könnte ich nicht alle 730 000 Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen vertreten. Aber: Erstens verdient die Fünfte Schweiz mit ihren Anliegen eine viel grössere Beachtung in unserer Politik, denn heute kommen sie zu kurz. Und zweitens könnte ich mit meinem Blick von aussen auf unser Land einen nützlichen Beitrag zur innenpolitischen Diskussion leisten. Auslandschweizer identifizieren sich vor allem mit dem Land insgesamt, die Inländer hingegen zunehmend nur mit ihrem Kanton oder ihrer Region. Das zeigt sich zum Beispiel in der Debatte über den Französischunterricht in der Deutschschweiz.

Sie sagen, die Anliegen der Auslandschweizer kämen im Parlament zu kurz. Was meinen Sie konkret?

Die konkreten Anliegen betreffen die freiwillige AHV, die Krankenversicherung, die Möglichkeit, in der Schweiz ein Bankkonto zu führen oder dass endlich E-Voting von allen Kantonen eingeführt wird.

Tim Guldemann

wurde 1950 in Zürich geboren. Er studierte Volkswirtschaft und politische Wissenschaften. 1982 trat er in den diplomatischen Dienst ein. Die wichtigsten Stationen in seiner Laufbahn waren Ägypten, Tschetschenien, Kroatien, Iran und Kosovo – seit 2010 ist er Botschafter in Berlin. Ende Mai tritt Guldemann aus dem diplomatischen Dienst zurück. Er ist mit einer deutschen Journalistin verheiratet, hat zwei Töchter und wird weiterhin in Berlin leben.



**WAHLEN
2015**

BARBARA ENGEL IST CHEFREDAKTORIN DER
«SCHWEIZER REVUE»

Eine Fahrt ins Ungewisse – Zuwanderung und EU

Die Schweiz ringt mit der Umsetzung der SVP-Zuwanderungsinitiative – die Termine sind knapp, der Probleberg hoch und die Lösungswege verschlungen.

JÜRIG MÜLLER

Im Prinzip eilt es: Bis im Februar 2017 muss die hochkomplexe Angelegenheit unter Dach sein. Doch auch nach über einem Jahr seit der Annahme der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative der SVP am 9. Februar 2014 sind sich alle nur in einem Punkt einig: Es ist immer noch nichts klar. Die verworrene Lage bei der Personenfreizügigkeit wird – zusammen mit anderen wirtschaftlichen Problemen wie der Frankenstärke – in der Tat immer unbequemer. «Wir brauchen vertragliche Sicherheit und Rechtssicherheit», sagt etwa Eva Jausli, CEO der Werkzeugfirma PB Swisstools, in einem Interview mit dem NZZ-Folio. «Mit den Bilateralen haben wir uns arrangiert, unsere Geschäftsmodelle sind darauf ausgerichtet. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir darauf verzichten könnten.» Das Monatsmagazin der «Neuen Zürcher Zeitung» hat im März 2015 die verbreitete Nervosität und Ungeduld der Wirtschaft eindrücklich dokumentiert.

Zu Wort kommen im NZZ-Folio nicht Politiker und Verbandsvertreter, sondern verschiedene Führungspersonlichkeiten, die jeden Tag ganz direkt die wachsende Unsicherheit im Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union zu spüren bekommen. So wie etwa Bruno Chiomento, CEO des international tätigen Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens Ernst & Young Schweiz: «Es gibt bereits erste Auswirkungen der drohenden Beschränkung der Zuwanderung, ganz klar. Wir sehen, dass Firmen, die ursprünglich in die Schweiz ziehen wollten, sich nun anders ent-

scheiden und sich beispielsweise in Irland niedergelassen haben.»

Frauen mobilisieren

Wie lange diese lähmende Ungewissheit anhält, ist unklar. Man kann derzeit nur den Stand der Dinge protokollieren. Der Bundesrat hat im Februar 2015 ein neues Zuwanderungssystem vorgestellt und bis Ende Mai 2015 in die Vernehmlassung geschickt. Dieses enthält für alle Ausländerinnen und Ausländer jährliche Höchstzahlen und Kontingente, die der Bundesrat jeweils festlegen soll. Gleichzeitig sollen bei Stellenbesetzungen inländische Arbeitskräfte Vorrang geniessen. Deshalb will der Bund nun mit einer Fachkräfteinitiative dafür sorgen, dass nach einer Begrenzung der Zuwanderung insbesondere Frauen und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer absehbare Lücken füllen.

Doppelstrategie des Bundesrats

Für die EU-Bürgerinnen und -Bürger soll die Zulassung wie bisher im Abkommen über die Personenfreizügigkeit geregelt werden, «welches entsprechend dem Verfassungsauftrag angepasst werden muss», wie der Bundesrat in seiner Medienmitteilung schreibt. Zu diesem Zweck hat die Regierung gleichzeitig ein Verhandlungsmandat mit der EU verabschiedet. Ziel ist es, «das Abkommen so anzupassen, dass es der Schweiz künftig möglich ist, die Zuwanderung eigenständig zu steuern und zu begrenzen». Gleichzeitig soll der bilaterale Weg als Grundlage der Beziehungen zur EU gesichert werden: «Beide Ziele sind gemäss Mandat im gleichen

Masse zu verfolgen», schreibt die Regierung vor. Es sieht ganz so aus, dass sich der Bundesrat damit auf die Suche nach der Quadratur des Kreises macht. Denn die EU hat bisher keinerlei Bereitschaft erkennen lassen, der Schweiz Sonderregelungen bei der Personenfreizügigkeit einzuräumen. Somit bleiben trotz den bundesrätlichen Vorschlägen einige zentrale Fragen unbeantwortet im Raum stehen: Wie geht es weiter, wenn die EU bei ihrer Haltung bleibt? Setzt die Schweiz den Verfassungsauftrag wortgetreu um und führt das Kontingentsystem tatsächlich auch für EU-Bürger ein? Kündigt die Schweiz dann gleichzeitig auch das Freizügigkeitsabkommen oder macht das die EU? Und fällt dann womöglich auch das daran gekoppelte Vertragspaket der Bilateralen I weg? Die SVP spricht von einem «Vetorecht» der EU.

Diese weiterhin unklare Lage ist auch ein Grund, weshalb die Reaktionen auf die Vorschläge des Bundesrates nicht gerade euphorisch ausgefallen sind. Die CVP nennt das Vorgehen

«Es sieht ganz so aus, dass sich der Bundesrat damit auf die Suche nach der Quadratur des Kreises macht.»

«mutlos», die BDP findet die Vorlage «nicht zielführend und zu zögerlich», der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse erteilt die Note «ungenügend», weil der Bundesrat eine zu starre Umsetzung ins Auge fasse und den in der Verfassung vorgesehenen Spielraum nicht nutze. FDP und GLP dagegen unterstützen den Bundesrat im Bemühen, die Initiative korrekt umzusetzen, und die SP wiederum

findet es richtig, zuerst mit der EU zu verhandeln.

Genau das sieht die SVP als Initiatorin des erfolgreichen Volksbegehrens grundsätzlich anders. Sie will nicht, dass der Bundesrat zuerst mit der EU verhandelt. Die Regierung dagegen hält fest, «dass die Resultate der angestrebten Verhandlungen mit der EU für den vorliegenden Gesetzesentwurf von Bedeutung» seien, denn «die Gesamtbeurteilung der Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung wird erst möglich sein, wenn auch das Verhandlungsergebnis der Anpassung des Freizügigkeitsabkommens vorliegt».

Falsch, findet SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz. Er schreibt in einer an alle Schweizer Haushalte verteilten Propagandazeitung («Extrablatt der SVP», März 2015), dass der Bundesrat mit diesem Vorgehen «der EU praktisch ein Vetorecht einräumt. So macht er die Umsetzung des Volksauftrages davon abhängig, ob Brüssel bereit ist, der unabdingbaren Anpassung des Freizügigkeitsabkommens zuzustimmen.» Die SVP poche «weiterhin auf eine konsequente Umsetzung des Volksauftrags, notfalls auch unter Inkaufnahme der Kündigung des Freizügigkeitsabkommens».

Vor der Abstimmung tönte es bei der SVP noch anders. Mit einem Ja zur Initiative «geben wir dem Bundesrat den Auftrag, mit der EU über die Personenfreizügigkeit nachzuverhandeln», gab sie bekannt. «Das Personenfreizügigkeitsabkommen muss nicht gekündigt werden.» Zudem: «Die Initiative will weder einen generellen Stopp der Zuwanderung, noch verlangt sie die Kündigung der bilatera-

len Abkommen mit der EU.» So steht es auf der offiziellen Website der Initiative. Heute jedoch droht SVP-Vizepräsident Christoph Blocher bereits mit einer Initiative zur Kündigung aller bilateralen Verträge, wenn die Personenfreizügigkeit nicht anders geregelt werden könne. Auch von einer Durchsetzungsinitiative ist die Rede. Und schliesslich ist auch ein Referendum gegen die Ausführungsgesetzgebung möglich.

RASA – eine einfache Lösung?

Es gibt aber auch Vorschläge, die in die entgegengesetzte Richtung zielen. So will ein parteiunabhängiges Bürgerkomitee mit dem Namen «Raus aus der Sackgasse» (RASA) den Gordischen Knoten mit einer Kehrtwende lösen. Das am 9. Februar 2015, exakt ein Jahr nach Annahme der SVP-Initiative, lancierte Volksbegehren will nichts anderes, als die entsprechende Verfassungsbestimmung rückgängig machen. Angepriesen wird die Initiative als Plan B für den Fall, dass die Verhandlungen mit der EU scheitern und die bilateralen Verträge akut gefährdet seien.

Der 2009 an den Universitäten von Genf und Zürich entstandene Think-Tank «foraus» (Forum Aussenpolitik) diagnostiziert (im Kern einen Zielkonflikt): Die «konsequente Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist nicht machbar, es sind nur unterschiedliche Kompromisse möglich. Es braucht eine politische Entscheidung, welches Ziel höher gewichtet werden soll: wirtschaftliche Prosperität oder «eigenständig gesteuerte Migration».

Einen solchen Kompromiss ins Spiel gebracht hat der frühere Staatssekretär Michael Ambühl: Da fixe Kontingente von der EU nie akzeptiert würden, schlägt er eine Schutzklausel vor. Dabei geht es um vorübergehende Kontingente für den Fall, dass die Einwanderung die durchschnittliche EU/Efta-Zuwanderung einen zuvor definierten Schwellenwert überschreitet. Da allerdings auch bei diesem Vorschlag mit Kontingenten operiert wird, ist zweifelhaft, ob diese Lösung mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen vereinbar wäre. Und dann wäre man wieder auf Feld eins.

Die verzwickte Lage ist die Folge davon, dass «der Volkswille nicht un-

«Der Souverän befindet sich im Widerspruch zu sich selbst, aus dem nur er selber sich befreien kann.»

zweideutig erkennbar» sei, schreibt die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA). Der Souverän «befindet sich im Widerspruch zu sich selbst, aus dem nur er selbst sich befreien kann». In der Tat: Das Volk hat zwar der Zuwanderungsinitiative zugestimmt, aber genauso hat es zuvor auch schon mehrmals Ja zum bilateralen Weg gesagt. Deshalb fordert die SGA eine neue Abstimmung über die Weiterführung dieses Weges. Und danach sieht es immer mehr aus: Einen Grundsatzentscheid wird das Volk wohl früher oder später fällen müssen. www.foraus.ch

JÜRIG MÜLLER IST REDAKTOR DER «SCHWEIZER REVUE»

IMPRESSUM:
«Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 41. Jahrgang in deutscher, französischer, italienischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 400 000 Exemplaren (davon Online-Versand:

165 000). Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr. Die Auftraggeber von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.
REDAKTION: Barbara Engel (BE), Chefredaktorin; Marc Lettau (MUL);

Stéphane Herzog (SH); Jürg Müller (JM); Peter Zimmerli (PZ), Auslandschweizerbeziehungen EDA, 3003 Bern, verantwortlich für die Seiten «new.admin.ch».
ÜBERSETZUNG: CLS Communication AG
GESTALTUNG: Herzog Design, Zürich
DRUCK & PRODUKTION: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen
POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der

Redaktion/Inseraten-Administration:
Auslandschweizer-Organisation,
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
Telefon +41 31 356 61 10
Fax +41 31 356 61 01, PC 30-6768-9.
E-Mail: revue@aso.ch

REDAKTIONSSCHLUSS dieser Ausgabe:
7. 4. 2015

Alle bei einer Schweizer Vertretung immatrikulierten Auslandschweizer erhalten das Magazin gratis. Andere interessierte Personen können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (Schweiz: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt. Information auf www.revue.ch.

ADRESSÄNDERUNG: Bitte teilen Sie Ihre neue Adresse Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit und schreiben Sie nicht an die Redaktion in Bern.



Camille Bloch investiert für eine vierte Generation von Chocolatiers

Die für die Marke Ragusa bekannte Schokoladenfabrik, die ihren Sitz seit 1935 im St. Immortal hat, plant eine Verdoppelung ihrer Produktionskapazitäten. Die Familie Bloch wird gross in den Unternehmensausbau investieren.

STÉPHANE HERZOG

Rund 30 Millionen Franken wird Camille Bloch in seine Infrastruktur in Courtelary investieren. «Letztmals wurde in den 60er-Jahren im grossen Stil investiert, nun investieren wir in die Zukunft», sagt Geschäftsleiter Jean Kernen. Ein Drittel des Betrags wird in die Produktion gesteckt, der Rest in erster Linie in ein Besucherzentrum für Schokoladenliebhaber. Es soll 2017 eröffnet werden und alle Schritte der Schokoladenherstellung erklären. Bislang kann die Fabrik von Camille Bloch nur an Wochentagen vormittags besichtigt werden, das neue Besucherzentrum soll jährlich bis zu 100 000 Besucher anziehen – derzeit sind es 8000 plus 30 000 Laufkunden im Ladengeschäft.

Zudem plant das Unternehmen, seine Produktionskapazität auf acht Tonnen von der gefüllten Schokolade jährlich zu verdoppeln, ohne allerdings ein genaues Datum zu nennen. Der Ausbau wird laut der Geschäftsleitung im Wesentlichen in der Entwicklung von Produkten bestehen, die auf den Erfolgsprodukten der Marke aufbauen. Camille Bloch will zudem verstärkt exportieren, vor allem in die Europäische Union und in

skandinavische Länder. Und was ist mit Asien? «Derzeit steht beispielsweise China nicht auf dem Programm. Die Schokoladenkultur ist dort nicht sehr ausgeprägt und wir sind nach wie vor ein Unternehmen, das Spezialitäten und keine Massenware produziert», sagt Unternehmenssprecherin Regula Gerber.

In den letzten zehn Jahren ist das Familienunternehmen kontinuierlich gewachsen. Zwischen 2003 und 2014 hat es seinen Marktanteil in der Schweiz verdoppelt. Heute beträgt er 5,1 Prozent. Beim Spitzenprodukt Ragusa war derselbe Anstieg zu beobachten. Derzeit werden 1900 Tonnen jährlich bei einer Gesamtproduktion von 3700 Tonnen produziert. Camille Bloch hat den Schweizer Schokoladenmarkt mit aller Macht erobert – seit 2013 auch mithilfe der Migros, die nun neben Coop ebenfalls die Produkte des Unternehmens anbietet. Das Unternehmen, das 2014 einen Umsatz von 63 Millionen Franken erzielte, rechnet infolge des starken Frankens für 2015 mit einem unveränderten Umsatz.

Der Schokoladenhersteller hat seine Produktpalette mittlerweile um verschiedene Varianten seiner Haupt-



Daniel Bloch, der Enkel des Firmengründers Camille Bloch, leitet heute das Unternehmen

produkte erweitert. Neben Ragusa Classique gibt es Ragusa in dunkler Schokolade, aber auch Ragusa Blond – für die junge Generation. Während die traditionelle Grösse 50 Gramm betrug, ist Ragusa inzwischen auch mit 25 und 11 Gramm erhältlich. Ebenfalls zum Sortiment gehören Mousse-Schokoladen sowie Pralinen mit Kirsch- oder Cognac-Füllung. Die Produktpalette umfasst insgesamt 70 Spezialitäten, darunter Saisonware sowie eine koschere Schokolade für das jüdische Passahfest.

Und wie kann man die junge Generation verführen? Camille Bloch hat einen Community Manager eingestellt, der sich um die Präsenz der Produkte in sozialen Netzwerken wie Instagram und Twitter kümmert. In der Schweiz hat die Marke jedoch eine Obergrenze erreicht. «Unser Vertriebspotenzial ist quasi ausgeschöpft. Wir können nur noch durch Innovationen und neue Produkte wachsen», erklärt Regula Gerber. Der Schokoladenhersteller wächst überdies in einem Land, in dem der Schokoladenverbrauch 2014 zum ersten Mal seit Langem auf knapp unter 12 kg pro Person zurückgegangen ist. Das lässt sich insbesondere durch den rückläufigen

Das Modell des geplanten Neubaus in Courtelary



Tourismus im vergangenen Jahr erklären, glaubt die Geschäftsleitung. Ausserdem nimmt der Anteil ausländischer Schokolade am Gesamtkonsum zu, erklärt Regula Gerber.

Mittlerweile hat der 51-jährige Daniel Bloch, der Enkel des Firmengründers Camille Bloch, die Leitung des Hauses und des Verwaltungsrates übernommen, in dem auch sein Bruder Stéphane sitzt. Eine vierte Generation, die möglicherweise das Ruder übernehmen wird, ist auch vorhanden. Ist Courtelary im St. Immortal nach wie vor der beste Standort für das Unternehmen? Jean Kernen hat keinen Zweifel daran. «Wir verfügen hier über ausreichend Platz, um uns auszubreiten, aber auch über akzeptable Rahmenbedingungen und ein niedrigeres Lohnniveau als in Genf oder Zürich. Und schliesslich ist Biel gut mit dem Zug zu erreichen», resümiert er. Sich entwickeln und sich dabei selbst treu bleiben, so lautet die Philosophie von Ragusa. Oder wie der Unternehmenschef Daniel Bloch sagt: «Diese Schokolade ist wie ein alter Freund. Man möchte nicht, dass er sich zu sehr verändert.»

Von Dubrovnik nach Courtelary

Wie viele Schweizer Geschichten ist die von Camille Bloch auch eine europäische. Die Blochs stammen ursprünglich aus Frankreich. Sie kamen gegen 1850 in die Schweiz und liessen sich in Bern nieder, wo Juden ein Niederlassungsrecht hatten. Camille wurde 1891 als französischer Staatsbürger geboren. Seine berufliche Laufbahn begann mit einer Lehre bei Chocolat Tobler in Bern. Nach seiner Einbürgerung und dem Militärdienst in der Schweiz gründete er 1929 sein eigenes Unternehmen. 1934 verlegte er seinen Fabrikstandort nach Courtelary in eine ehemalige Papierfabrik.

Der Zweite Weltkrieg blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Herstellung der Produkte von Camille. Wäh-

rend des Krieges gab es nur begrenzte Mengen an Kakao. Die Lebensmittel waren rationiert und nur mit Lebensmittelmarken erhältlich. Der Chef des Berner Unternehmens beschloss zunächst, seiner Schokolade Haselnüsse, die keiner Beschränkung unterlagen, beizumengen, wodurch er weniger Kakaobohnen für die Produktion benötigte. Des Weiteren entschied er, sein Produkt mit einer Haselnussmasse zu füllen. Diese Neuheit erforderte technische Verbesserungen, damit die weiche Masse mit festen Bestandteilen ohne Verformung geschnitten werden konnte. Schliesslich stellte er Riegel zu 50 Gramm her, da die Lebensmittelmarken den Kauf von 100 Gramm Süswaren und 100 Gramm Schokolade erlaubten und Ragusa beiden Kategorien zugeordnet wurde!

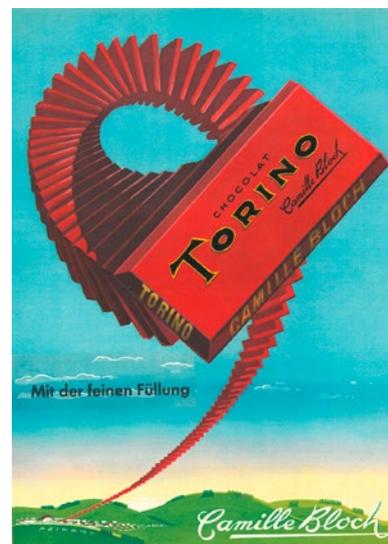
Nun musste nur noch ein Name gefunden werden. Eine Reise von Camille brachte die Lösung: Ragusa ist der ehemalige Name der kroatischen Stadt Dubrovnik, die er kurz davor besucht hatte. Danach kam im Jahr 1948 Torino, der mit Mandelmasse gefüllte Riegel.

Die Familie Bloch, die jüdische Wurzeln hat, übernahm mehrfach Verantwortung in der Geschichte der Schweiz. Nathan, der Grossvater von Camille, war eines der ersten Vorstandsmitglieder der israelitischen Gemeinde von Bern. Rolf, der Vater der derzeitigen Unternehmensleitung, wurde zum Präsidenten des Schweizer Fonds zugunsten bedürftiger Opfer des Holocaust ernannt, der infolge der Affäre um die nachrichtenlosen Vermögen gegründet wurde. Zu den schlimmsten Kriegszeiten fragten die Leute Doktor Bloch, ob es denn eigentlich gut für das Geschäft sei, wenn sein Familienname auf seiner Schokolade stehe. Man schlug ihm auch vor, sein Unternehmen zu verkaufen ... zu einem guten Preis. Heute wird Ragusa-Schokolade in etwa 30 Ländern verkauft und ist sozusagen Teil des Schweizer Kulturerbes.



Wichtig ist die Mischu

Die Herstellung der Schokoladen bei Camille Bloch im bernjurassischen Courtelary beginnt in einem kleinen Lagerraum. Der wichtigste Bestandteil der Produkte befindet sich in Säcken von anderthalbfacher Mannshöhe, sie enthalten rund eine Tonne Kakaobohnen. Diese stammen hauptsächlich aus Zentralghana, dort werden sie nach Amsterdam verschifft. Neben den riesigen Säcken türmen sich ganze Paletten mit türkischen Haselnüssen – eine äusserst kostbare Ware, denn die Haselnusssträucher von Trabzon haben während der Blüte im Frühjahr 2014 Frost abbekommen. Dadurch hat sich der Preis für die Ernte dieses Jahres verdoppelt. Etwas weiter hinten stapeln sich die Kartons mit Mandeln aus Kalifornien. Das sind die Rohstoffe von Camille Bloch in den Anlagen, die vor 86 Jahren im St. Immortal installiert wurden.



ng mit türkischen Haselnüssen und Kakaobohnen aus Ghana

Im ersten Produktionsraum laufen ohne Unterlass zum Teil schon alte, aber immer noch glänzende Maschinen deutscher Herkunft. Hier findet das Rösten und Zerkleinern der Kakaobohnen, Haselnüsse und Mandeln statt. Die Luft ist erfüllt von süsslichem Röstduft. Der Blick schweift durch grosse Fenster hinaus auf Weiden, die sich bis zum Waldrand an den Seiten des St. Immertals erstrecken. Man hat hier das Gefühl völliger Abgeschiedenheit, obwohl Biel nur zwanzig Minuten mit dem Zug entfernt liegt.

Im nächsten Schritt werden die Rohstoffe für die Herstellung von Ragusa und Torino über Rohre in Richtung des Hauptgebäudes der Fabrik transportiert. Dort wird dem Kakao die Feuchtigkeit entzogen und er fällt pulvrig in grosse Heizbehälter, wo er zu Kakaomasse verarbeitet wird. In

den «Küchen» eine Etage höher wird diese Masse mit Kakaobutter und Milchpulver versetzt. In grossen Mischmaschinen, den so genannten Conches, wird die Masse dann zu Mandel- beziehungsweise Haselnusspraliné geknetet. «Die Füllungen sind unsere Spezialität», sagt Unternehmenssprecherin Regula Gerber.

Auf dieser Etage herrscht tropische Hitze und der Lärm übertönt die Stimmen. Auf dem Fliessband bewegen sich zu Tausenden die Torino-Stengel aus Mandel- und Haselnussfüllung wie eine Armee in Zwanzigerreihen fort. Sie werden auf Schokoladenrollen transportiert, auf denen die Füllungen von unten mit Schokolade überzogen werden, bevor sie den vollständigen Schokoladenüberzug erhalten. In einem Kühlabschnitt werden die Stengel schliess-

lich fest, bevor sie geschnitten und von den Mitarbeitenden von Camille Bloch in Schachteln verpackt werden.

Etwa einhundert Arbeiter, Lebensmitteltechniker, Mechaniker, Elektriker und Hilfskräfte – allesamt mit Papierhauben auf dem Kopf – kümmern sich um die Produktion und die Instandhaltung der Maschinen. Durch die Mechanisierung der Arbeiten wird die Zahl der Personen, die monotone Handgriffe durchzuführen haben, künftig zurückgehen, sagt der Geschäftsleiter. Die Arbeitsgänge werden komplexer werden. Denn Schokolade hin oder her – Camille Bloch ist und bleibt ein Industrieunternehmen.

STÉPHANE HERZOG IST REDAKTOR BEI DER «SCHWEIZER REVUE»

Die schlechteren Männer

Die Schweizer Fussballerinnen nehmen erstmals an der Weltmeisterschaft teil. Dieser Erfolg bringt kaum Geld und wenig Aufmerksamkeit.

CLAUDIA SCHUMACHER

Vom Himmel fällt der Regen eimerweise auf das Spielfeld. Die Frauen kämpfen tapfer, die Männer unterdrücken ein Lachen. Die Fussballerinnen vom FC Zürich spielen gegen die Frauen vom Berner BSC Young Boys. Auf dem Platz sind auch drei Nationalspielerinnen. Sie werden im Juni zur Weltmeisterschaft nach Kanada reisen: Fabienne Humm und Cinzia Zehnder vom Zürcher Klub, Florijana Ismaili aus Bern. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Fussballs, dass die Schweizerinnen an der WM im Fussball teilnehmen können.

Beim Spiel an jenem Samstag im März sitzen in den Zuschauerrängen der Zürcher Rasensportanlage Heeren-schürli einige Angehörige der Spielerinnen. Der Frauenfussball wird in der Schweiz auch in den letzten Wochen vor der WM und trotz des historischen Moments öffentlich kaum wahrgenommen. In der Sportredaktion einer grossen, überregionalen Zeitung hebt auf die Frage, wer als Reporter zur WM nach Kanada reist, niemand freiwillig die Hand. Von den Magazinen, bei denen jeder Flirt männlicher Fussballer ein Thema ist, bekommen die Spielerinnen kaum Aufmerksamkeit. Auch der «Playboy», wo die deutschen Nationalspielerinnen abgebildet waren, hat sich nicht gemeldet. Obwohl einige der Schweizerinnen darin zweifellos eine gute Figur machen würden.

Wie die Ziehung der Lottozahlen

Warum, so fragt man sich, führen die Spielerinnen in einem fussballbegeisterten Land wie der Schweiz nach wie vor ein Schattendasein? «Das Spiel ist alles in allem spannend wie die Zie-

hung der Lottozahlen, wenn man keinen Schein ausgefüllt hat», schrieb ein Kolumnist der «NZZ am Sonntag» einmal über das Zuschauererlebnis beim Frauenfussball. Langsam seien die Damen, und schwach, auch technisch. Auf einen Pass, der bei einer Mitspielerin ankommt, gebe es rund zehn Fehlpässe. Das sind etwas pointiert zusammengefasst die landläufigen Vorbehalte und Vorurteile gegenüber dem Frauenfussball. Zudem gibt es viele, die Frauenfussball als unästhetisch empfinden. Noch immer hängt dem Sport der Ruch an, Tummelplatz von Kampflesben mit Oberlippenbärtchen zu sein.

Aber trifft das die Realität? Beim verregneten Spiel in Zürich sucht FCZ-Kapitänin Humm mit den Augen das Spielfeld ab. Sie ist gerade in Ballbesitz, haut das rechte Bein in die Luft, verfehlt den Ball und kommt ins Straucheln. Zwei Männer in den Zuschauerreihen lachen. Nur kurz, dann beissen sie sich auf die Lippen – sie wissen, was politisch korrekt ist. Ein verschossener Ball landet wenig später im Abfall jenseits des Spielfelds. Ein anderer trifft die Schulter einer Zuschauerin, die ihr Würstchen fallen lässt. Unkonzentrierte Spieler und verschossene Bälle gibt es allerdings genauso, wenn Männer auf dem Platz stehen. Technisch sind einige Frauen den Männern beim Fussball sehr wohl ebenbürtig. Doch das Niveau im Frauenfussball unterliegt grossen Schwankungen. Dies hat auch damit zu tun, dass sich der Sport noch weitgehend im Amateurstadium abspielt. Schweizerinnen mit Profivertrag gibt es momentan nur drei. Und keine von ihnen spielt für einen Schweizer Klub. Lara Dickenmann aus Kriens war während sieben Jahren beim französischen Verein Olympique

Lyon, seit April spielt sie bei VFL Wolfsburg, Ramona Bachmann aus Malters spielt in Schweden, Vanessa Bürki aus Grenchen ist beim FC Bayern unter Vertrag.

Kein Grund wegzusehen

Langsamer und weniger kraftvoll als die Männer spielen die Frauen auf jeden Fall und daran wird sich wohl auch niemals etwas ändern. Ein guter Grund für die mangelnde Popularität des Frauenfussballs ist das allerdings nicht. Bei der Leichtathletik schert es auch keinen, dass die Damen auf 100 Meter eine Sekunde länger brauchen und beim Stabhochsprung einen Meter unter der Höhe der Männer den Sinkflug antreten. In einigen Ländern Skandinaviens, in Deutschland, den USA und in Japan geniesst Frauenfussball denn auch einen anderen Stellenwert als in der Schweiz. In den USA wird Fussball sogar eher als Frauensportart wahrgenommen.

Dass die Spielerinnen bemüht sind, das Image von Mannsweibern abzustreifen, welches den Sport für viele unattraktiv macht, kann man seit einigen Jahren beobachten. Die Frauen treten betont weiblich auf. Bei den Schweizerinnen ist die Dichte an Langhaarigen höher als im Rest der Gesellschaft. Einige Spielerinnen sind richtig zierlich, viele gehen geschminkt auf das Feld und bewegen sich anmutig. Es gibt auch für sensiblere männliche Augen in dieser Hinsicht keinen Grund mehr wegzusehen.

Nebst dem Training voll arbeiten

Beim Spiel zwischen den Zürcherinnen und den Bernerinnen fühlt man



Cinzia Zehnder

In Vancouver gegen den Weltmeister

Vom 6. Juni bis zum 5. Juli findet in Kanada die FIFA-Frauen-Weltmeisterschaft 2015 statt. Für die Schweizerinnen wird es von Beginn an richtig ernst: Im ersten Spiel, am 8. Juni, treten sie in Vancouver gegen den amtierenden Weltmeister Japan an. Mehr als die Hälfte der Schweizer Spielerinnen ist bei Klubs im Ausland unter



(r.) im Zweikampf mit der Engländerin Katie Zelem

Vertrag. Der FC Zürich Frauen stellt als bester Schweizer Frauenfussballverein allerdings das grösste Kontingent an Spielerinnen der Nationalmannschaft. Fabienne Humm, Cinzia Zehnder und Nicole Remund werden in Kanada höchstwahrscheinlich dabei sein und auch Selina Kuster hat gute Chancen. Erreichen sie das Achtelfinale, haben die Schweizerinnen ihr Ziel erreicht.

sich nach einer Weile auch ganz gut unterhalten, während man die schnurgerade Humm mit ihrer klaren, zackigen Spielweise beobachtet. Oder die talentierte, 17-jährige Cinzia Zehnder, die auf langen, schlanken Beinen etwas steif wirkt und immer ein Fragezeichen vor der Stirn herzutragen scheint. Dann schießt sie aber ein Tor. Und nachdem die Bernerinnen in der 70. Minute mit einem Tor gleichziehen, kanalisiert Zehnder ihren Unmut in einen zweiten Torschuss und sorgt für das spielentscheidende 2:1.

Zehnder besucht noch die Kantonschule, sie macht im Sommer ihr Abitur. Immerhin darf sie die Prüfungen wegen der WM verschieben. Humm hat bis vor kurzem Vollzeit als Kauffrau gearbeitet. Nun hat sie im Vorfeld der WM ihr Pensum auf 80

Prozent reduziert, um sich besser vorbereiten zu können. Der Sport, für den die Nationalspielerinnen bislang kaum Geld und auch nur marginale Aufmerksamkeit erhalten, verlangt ihnen viel ab. Er ist ein zeitintensives Hobby. Fünfmal in der Woche müssen sie trainieren – und für alles selber sorgen. Nach dem Spiel räumen sie die Tore eigenhändig weg, bevor sie sich auslaufen können.

«Sie ist super, sie glaubt an uns»

Das grösste Problem, das der Schweizer Frauenfussball hat, sind die Finanzen. Es fehlt an Geld. Die Frauen werden in den Vereinen nicht wirklich gefördert. Auch wenn immer mehr Mädchen gerne Fussball spielen und die Väter sich nicht mehr dagegen sträuben, vollwertige Mitglieder sind sie nicht. Oft hat der weibliche Nachwuchs in den lokalen Vereinen nicht einmal eigene Duschen. Solche Strukturschwächen wirken für viele entmutigend. Die fehlende Bereitschaft von Seiten des Fussballverbandes in den Frauenfussball zu investieren, hat eine mangelnde Wertschätzung für die Mädchen zur Folge.

Seit klar ist, dass die Schweizer Frauen-Nationalmannschaft 2015 an der WM in Kanada teilnimmt, wird zumindest ihnen vermehrt unter die Arme gegriffen. «Viele Spielerinnen haben ein individuelles Programm erhalten», erzählt Zehnder nach dem Auslaufen. Bei ihr, sie ist 1 Meter 80 gross und 60 Kilogramm schwer, steht dabei der Muskelaufbau im Vordergrund. Proteinreiche Ernährung, Gerätetraining. Andere müssen eher an der Athletik oder der Kondition arbeiten. Die Spielerinnen haben Vorträge zur Ernährung erhalten. Und sie bekommen auch Mentaltraining – wie es im Spitzensport längst üblich geworden ist.

Die Nationaltrainerin, die Deutsche Martina Voss-Tecklenburg, welche die Schweizerinnen seit 2012

trainiert, sorgt für das Übrige. Voss-Tecklenburg war früher selbst aktiv. Sie spielte 125 Länderspiele, war dreimal deutsche Fussballerin des Jahres und 1995 dabei, als die Deutschen Vize-Weltmeisterinnen wurden. Über ihr Credo als Trainerin sagt sie: «Ich war selbst eine aggressive Spielerin, entsprechend mag ich aggressiven Fussball.» Fabienne Humm sagt über Voss-Tecklenburg: «Sie ist einfach super, sie glaubt an uns.» Sie habe der Mannschaft «die deutsche Mentalität eingepflegt», sagt Humm lachend. Das sei positiv. Nicht aufgeben, um jeden Ball rennen. An die eigene Stärke glauben. «Sie hat uns beigebracht, dass wir auch jemand sind.» So hat sie aus einer Gruppe unsicherer Mädchen, die halt gerne tschutzen, eine Mannschaft geformt.

Und was ist eine realistische Zielsetzung für die WM? «Dass wir es ins Achtelfinale schaffen», sagen Humm und Zehnder.

Provokative Werbung

Werben Frauenfussballerinnen auf Youtube für sich und ihren Sport, zeigen sie sich aufsässig und kraftstrotzend. Sie ziehen Traktoren an einem Seil und schmettern den männlichen Profifussballern die Frage entgegen: «Do you have the balls?» – «Habt ihr die Eier, es mit uns aufzunehmen?» Und das, obwohl es gerade der Vergleich mit den Männern ist, der dem Frauenfussball bisher geschadet hat.

In der Schweiz hat der Frauenfussball noch einen weiten Weg vor sich, bis er vielleicht eines Tages ernst genommen wird. Auch wenn FIFA-Präsident Sepp Blatter kürzlich angekündigt hat, den Frauenfussball so gross wie den Männerfussball machen zu wollen: Den Tag, an dem es so weit sein wird, erlebt der 79-Jährige vermutlich nicht mehr.

CLAUDIA SCHUMACHER IST REDAKTORIN BEI DER «NZZ AM SONNTAG»

ASO-Ratgeber

In der Tagesschau wurde berichtet, dass ein Schweizer, der aus dem Ausland in die Schweiz zurückgekehrt ist, bei der letzten Volksabstimmung zwei Mal seine Stimme abgeben konnte. Wie kann das sein?

Es ist richtig, dass ein Schweizer, der aus dem Ausland zurückgekehrt ist, bei der Volksabstimmung vom 8. März 2015 die Abstimmungsunterlagen zwei Mal erhalten hat. Ein Mal an seine Adresse im Ausland und danach ein weiteres Mal nach seinem Umzug an seine neue Adresse in der Schweiz. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, dass Auslandschweizer jede Adressänderung der Schweizer Vertretung (Botschaft oder Konsulat), bei der sie registriert sind, mitteilen müssen. Wenn sie nach dem Versand der Abstimmungsunterlagen ins Ausland in die Schweiz zurückkehren, kann es dennoch sein, dass sie die Unterlagen doppelt erhalten. Wer seine Stimme zwei Mal zur gleichen Abstimmungsvorlage abgibt, verhält sich jedoch illegal und kann strafrechtlich belangt werden. Er begeht Wahlfälschung im Sinne von Artikel 282 des schweizerischen Strafgesetzbuchs. Personen, die die Abstimmungsunterlagen zwei Mal erhalten, sind also nur ein Mal zur Abstimmung berechtigt. Alles andere ist eine Straftat.

RECHTSDIENST ASO

Der Rechtsdienst der ASO erteilt allgemeine rechtliche Auskünfte zum schweizerischen Recht, insbesondere in den Bereichen, die Auslandschweizer betreffen. Er gibt keine Auskünfte über ausländisches Recht und interveniert auch nicht bei Streitigkeiten zwischen privaten Parteien.

Am Auslandschweizer-Kongress steht die Demokratie im Zentrum

Vom 14. bis 16. August 2015 treffen sich Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zu ihrem jährlichen Kongress. Diesmal findet er in Genf statt, im Internationalen Konferenzzentrum (CICG).

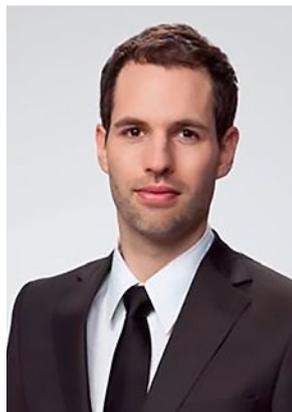


Die Beteiligung an Wahlen in der Schweiz ist in den vergangenen Jahren zwar leicht gestiegen – nach einem Tiefpunkt 1995 mit 42 Prozent Wahlbeteiligung –, doch mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten gehen nach wie vor nicht an die Urnen. Warum ist das so? Und was motiviert die Leute, sich an Abstimmungen zu beteiligen? Diese und andere Fragen stehen im Mittelpunkt des diesjährigen Auslandschweizer-Kongresses. Das Thema lautet: «Bürgerbildung: Garantie für eine lebendige Demokratie».

Im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst möchte die Auslandschweizer-Organisation mit ihrer Themawahl auf die Wichtigkeit der politischen Beteiligung hinweisen. Sie ist Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie.

Prominente Rednerinnen und Redner werden sich zum Kongresssthema aus ihrer Sicht äussern. Unter anderen referieren Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), Hans Stöckli, Präsident der Neuen Helvetischen Gesellschaft und Ständerat des Kantons Bern, Manon Schick, Generaldirektorin von Amnesty International Schweiz, und Arthur Honegger, Auslandskorrespondent des Schweizer Fernsehens (SRF).

Weitere Informationen und Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website: deutsch: www.aso-kongress.ch / französisch: www.ose-congres.ch



Arthur Honegger



Hans Stöckli



Manon Schick

Sitzung des Auslandschweizerrats

An seiner Frühjahrssitzung beschäftigte sich der Auslandschweizerrat vor allem mit den Parlamentswahlen vom 18. Oktober.

Ein Wahlmanifest mit Forderungen bezüglich der Auslandschweizer-Gemeinschaft stand im Mittelpunkt der Sitzung des Auslandschweizer-rats (ASR) am 21. März 2015. Das Manifest mit acht Punkten enthält ausnahmslos Anliegen, welche die Auslandschweizer seit Jahren beschäftigen. Zentral ist die flächendeckende elektronische Stimmabgabe (E-Voting), um politische Rechte einfacher ausüben zu können.

Mit 64 gegen 2 Stimmen verabschiedet hat der Rat die Antwort der Auslandschweizer-Organisation in der Vernehmlassung zur Revision des Ausländergesetzes, die für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative notwendig ist. Explizit wird in der Antwort die Forderung erhoben, die Personenfreizügigkeit mit der EU weiterzuführen. Die Sistierung der Personenfreizügigkeit hätte für die fast 450 000 Auslandschweizer in der Europäischen Union direkte Folgen. Eine Resolution zur Personenfreizügigkeit hat der Auslandschweizererrat bereits 2011 verabschiedet.

Heftige Diskussionen provozierte im Rat einmal mehr die Frage, ob der ASR künftig direkt gewählt werden soll, anstatt durch die Schweizer-Vereinigungen. Ein Entscheid hierzu wurde nicht gefällt. (BE)



Jacques-Simon Eggly



Remo Gysin

Jacques-Simon Eggly tritt zurück

Der Präsident der Auslandschweizer-Organisation (ASO) hat angekündigt, dass er am Auslandschweizer-Kongress in Genf im August von seinem Amt zurücktreten werde. Eggly leitet die ASO seit 2007. Als Nachfolger schlägt der ASO-Vorstand den derzeitigen Vizepräsidenten, Remo Gysin, vor. Für die Wahl zuständig ist der Auslandschweizererrat.

Die Banken und die Auslandschweizer

Die für Auslandschweizer immer schwieriger werdenden Beziehungen zu den Schweizer Banken, vor allem die Kündigung von Konten ohne Angabe von Gründen, haben auch diesmal den ASR beschäftigt. Mehrere Banken haben gegenüber der Auslandschweizer-Organisation (ASO) jedoch die Bereitschaft signalisiert, Schweizer Bürgern im Ausland unter gewissen Bedingungen Bankbeziehungen zu ermöglichen. Der Rechtdienst der ASO wird in der nächsten Nummer der «Schweizer Revue» (sie erscheint am 22. Juli 2015) eine Zusammenstellung der Bankinstitute und deren Bedingungen publizieren.

Meldung als stimmberechtigte Auslandschweizer

Das Formular, um den Eintrag im Stimmregister vorzunehmen oder zu erneuern, finden Sie auch unter:

www.admin.ch > Dienstleistungen und Publikationen > Dienstleistungen für Schweizer im Ausland > Politische Rechte

Empfänger An die schweizerische Vertretung senden, bei der Sie angemeldet sind. (Bitte gut leserlich und in Blockschrift ausfüllen)			
Absender	Name:	Vorname:	
Mädchenname:			
Geburtsdatum:		Geburtsort:	
Zivilstand:	seit:	Heimatort(e)	Heimatkanton(e):
Name / Vorname des Vaters:		Name / Vorname der Mutter:	
Genaue Adresse im Ausland:			
Als Stimmgemeinde wähle ich:	Postleitzahl:	Ort:	Kanton:
<input type="checkbox"/> Weil ich das Bürgerrecht dieser Gemeinde besitze	<input type="checkbox"/> Weil ich dort von	(Jahr) bis	(Jahr) gewohnt habe
Gewünschte Sprache:	<input type="checkbox"/> Deutsch	<input type="checkbox"/> Französisch	<input type="checkbox"/> Italienisch <input type="checkbox"/> Rätoromanisch

Ich wünsche, gestützt auf das Bundesgesetz vom 19. Dezember 1975 und die Verordnung vom 16. Oktober 1991 über die politischen Rechte der Auslandschweizer, das Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten auszuüben und eidgenössische Volksinitiativen und Referendumsbegeren zu unterschreiben.

Ort: Datum: Unterschrift:



Gut vorbereitet in die Ausbildung

Das Schul- oder Ausbildungsjahr neigt sich seinem Ende zu. Abschlussprüfungen stehen an und vielleicht schon bald eine Diplomverleihung. Danach kommen für viele die grossen Sommerferien. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die in der Schweiz ein Studium absolvieren, werden zu ihren Familien ins Ausland zurückkehren oder sich vielleicht in der Schweiz mit einem Ferienjob oder einem Praktikum etwas Geld verdienen und erste Berufserfahrungen sammeln.

Die meisten Schüler, die nun ihre obligatorische Schulzeit oder ein Gymnasium abschliessen, wissen, wie ihr weiterer Ausbildungsweg aussieht. Das Ausbildungsjahr 2015/16 beginnt für Lernende im August, für Studierende im September. Es stehen also noch ein paar Monate zur Verfügung, um Vorbereitungen für den neuen Lebensabschnitt zu treffen.

Für junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ist es ein grosser Schritt, das Land, in dem sie aufgewachsen sind, zu verlassen und für ihre Ausbildung in die Schweiz zu kommen. Auch wenn die Beziehungen zu ihrem Ursprungsland gut und vielfältig sind, gilt es, sich an ein neues Umfeld, andere Sitten, neue Menschen und Herausforderungen zu gewöhnen. Dies ist, weit weg von der Familie, nicht immer einfach. Es muss eine Un-

terkunft gefunden und administrative Angelegenheiten wie Versicherungen und Krankenkasse usw. geklärt werden. Eventuelle Stipendienanträge gilt es frühzeitig vorzubereiten. Manchmal müssen noch Sprachbarrieren abgebaut werden. Die zahlreichen Sommersprachkurse sind da eine grosse Hilfe. So gerüstet sollte einem erfolgreichen Ausbildungsjahr in der Schweiz nichts im Wege stehen.

RUTH VON GUNTEN,

LEITERIN ABTEILUNG AUSBILDUNG IN DER SCHWEIZ



Die Webseite www.educationsuisse.ch bietet Informationen rund um das Thema Ausbildung in der Schweiz an. Die Mitarbeiterinnen der Abteilung *educationsuisse – Ausbildung in der Schweiz* geben ihnen gerne weitere Auskünfte.

Jugendsession vom 24. bis 30. August 2015

Wegen der Parlamentswahlen findet die diesjährige Jugendsession bereits im Sommer statt. 200 Jugendliche können teilnehmen – für die Auslandschweizer sind mehrere Plätze reserviert. Schon vor Beginn der Jugendsession informieren wir die Teilnehmenden über die Abläufe in der schweizerischen Politik, über die politischen Prozesse, die Mitwirkungsmöglichkeiten und bereiten sie in unseren Workshops inhaltlich auf die Jugendsession vor.

Alle Informationen auf www.swisscommunity.org oder www.aso.ch.

Gratis ins Jugendskilager

Vom 2. bis 9. Januar 2016 verbringen 600 Kinder zwischen 13 und 14 Jahren gratis eine Schneesportwoche an der Lenk im Berner Oberland. Unter den 600 Teilnehmern werden auch 75 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sein.

Am 2. Januar 2016 werden 600 Mädchen und Knaben aus allen Ecken der Schweiz per Extrazug an die Lenk im Simmental reisen. Schon zum 75. Mal laden Swiss-Ski und seine Partner zum grössten Schneesportlager der Schweiz ein. Diesmal sind Kinder mit den Jahrgängen 2001 und 2002 an der Reihe.

Wer von den Auslandschweizer-Kindern am Jugendskilager (Juskila) teilnehmen möchte, sollten sich in Deutsch, Französisch oder Italienisch verständigen können. Die Lagerplätze werden ausgelost. Der Gewinn beinhaltet die Teilnahme am Lager inklusive Schneesportunterricht, Essen, Unterkunft. Die Organisation und die Finanzierung der Hin- und Rückreise liegen in der Verantwortung der Eltern. Wer einen der 75 Plätze für Auslandschweizerinnen und -schweizer gewonnen hat, wird Ende September bekanntgegeben.

Der Anmeldetalon für das Juskila erscheint in der nächsten Ausgabe der «Schweizer Revue».

Für Voranmeldungen und Auskünfte:
Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS)
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, SCHWEIZ
Telefon +41 31 356 61 16, Fax +41 31 356 61 01
E-Mail: info@sjas.ch, www.sjas.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
Fondation pour les enfants suisses à l'étranger
Fondazione per i giovani svizzeri all'estero
Fundazioni per giovani svizzeri a l'estero

Angebote der Auslandschweizer-Organisation und der Partnerinstitutionen

Die Auslandschweizer-Organisation (ASO) ist als privatrechtliche Stiftung ein Kompetenzzentrum zur Wahrung der Interessen der im Ausland lebenden Schweizer Bürger. Nebst der Herausgabe der «Schweizer Revue» bietet sie in Zusammenarbeit mit ihren Partnerorganisationen verschiedene Dienstleistungen für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer.

■ **Rechtsberatung.** Kostenlose Beratung bei Emigration ins Ausland oder Rückwanderung in die Schweiz.
www.aso.ch > Rubrik «Beratung»

■ **Netzwerk.** Kontakte mit Schweizerinnen und Schweizern in aller Welt dank der Internet-Plattform.
www.swisscommunity.org

■ **Angebote für Kinder und Jugendliche.** Organisation von Ferienlagern,

Sprachkursen usw. für junge Auslandschweizer, die ihre Heimat besser kennenlernen möchten.
www.aso.ch > Angebote

■ **Beratung für Ausbildungen in der Schweiz.** Junge Auslandschweizer und -schweizerinnen, die in der Schweiz eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren möchten, werden bei der Auswahl von Ausbildungsplätzen und bei

Anträgen für Stipendien unterstützt und begleitet. www.educationsuisse.ch



Auslandschweizer-Organisation ASO
Alpenstrasse 26,
3006 Bern, SCHWEIZ
Telefon +41 31 356 61 00
info@aso.ch

Die eidgenössische Volksinitiative

Dank der eidgenössischen Volksinitiative kann eine Handvoll Bürger eine Teil- oder Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung vorschlagen. Dieser Auszug aus einer Master-Arbeit des Hochschul-instituts für öffentliche Verwaltung versucht zu erklären, wie sich die Nutzung von Volksinitiativen im Laufe der Zeit verändert hat.

Die eidgenössische Volksinitiative als politisches Instrument erfreut sich heute grösseren Erfolgs denn je. Wie die Abbildung unten zeigt, wurde sie bis 1932 wenig genutzt, während ihr Einsatz seit den 70er-Jahren unaufhörlich steigt.

Wenngleich es schwierig ist, die Gründe für den Anstieg der Anzahl Initiativen seit den 70er-Jahren zu erklären, wagen wir dennoch zwei Hypothesen, die zum einen den Aspekt der Bundespolitik und zum anderen den der schnellen Wirksamkeit betreffen.

Das Interesse an der Bundespolitik

Bis zur Verfassung von 1874 sind die Kompetenzen des Bundes begrenzt; die politische Debatte findet in den Kantonen statt. Ab 1874 und im gesamten 20. Jahrhundert werden langsam mehr und mehr Kompetenzen von den Kantonen auf den Bund übertragen. Dieser Umstand erklärt vielleicht zum Teil einerseits die geringe Zahl der Initiativen zwischen 1891 und 1932 und andererseits, warum ein verstärktes Interesse an der Bundespolitik ab den 70er-Jahren festzustellen ist. Mit anderen Worten: Je mehr Kompetenzen ein Organ

der Macht besitzt, umso mehr interessiert man sich für dessen Politik.

In seinem Werk «19 avril 1874 – L'audace de la démocratie directe» (19. April 1874 – Der Wagemut der direkten Demokratie) zeigt der Jurist und Historiker Olivier Meuwly auf, dass bestimmte Ideen auf kantonaler Ebene entstehen und dann die Bundesebene erreichen. Dies gilt insbesondere für die direkte Demokratie, deren Wiege sich in den Kantonen befindet. Diese haben ab Mitte des 19. Jahrhunderts einer nach dem anderen verschiedene demokratische Werkzeuge eingeführt, die es dem Volk ermöglichen, in die Kantonspolitik einzugreifen (Gesetzesinitiative, obligatorisches Gesetzesreferendum und fakultatives Finanzreferendum). Die Kantone sind also in gewisser Weise die politischen Laboratorien, die die Entstehung und Reifung einer Idee ermöglichen. Wenn eine Sache in den Kantonen funktioniert, wird sie unter Umständen auf höherer Ebene übernommen.

Schnelle Wirksamkeit

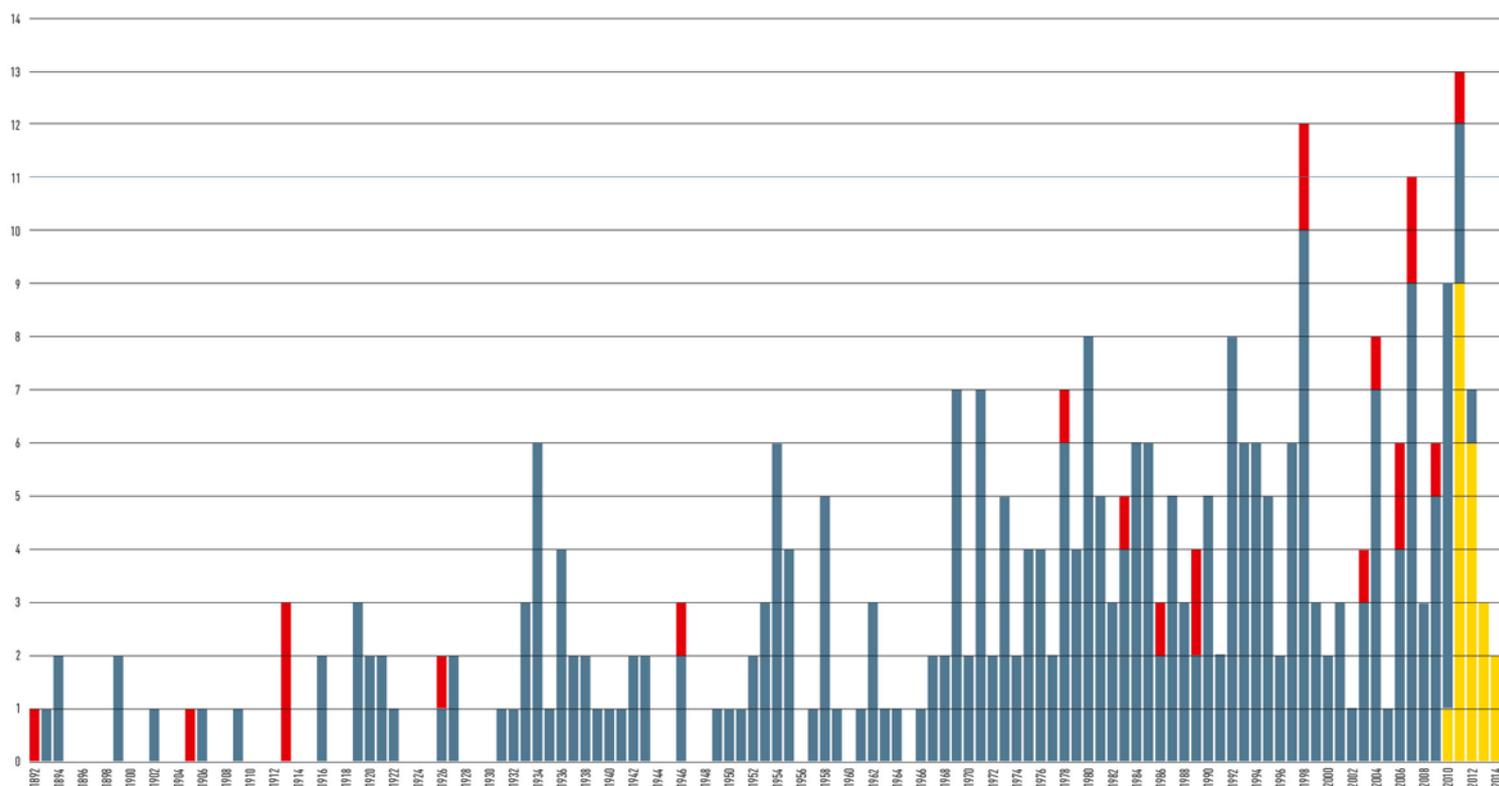
Mit der Volksinitiative kann direkt in die politische Agenda des Bundes eingegriffen werden, ohne über den repräsentativen Weg des Parlaments zu gehen. Die legislative Umsetzung einer politischen Idee über den parlamentarischen Weg kann bis zu zehn Jahre dauern. Eine Idee, die von einer Volksinitiative getragen wird, kann dagegen unter guten politischen Voraussetzungen innerhalb von knapp drei Jahren in einem Verfassungsartikel umgesetzt sein. Die Initiative «Gegen

In den Jahren 1892 bis 2014 wurden 319 Initiativen eingereicht

■ zustande gekommen

■ nicht zustande gekommen, ungültig, zurückgezogen oder abgelehnt

■ durch Volksabstimmung angenommen



Masseneinwanderung», die am 9. Februar 2014 in einer Volksabstimmung angenommen wurde, ist ein gutes Beispiel hierfür: Vom Zeitpunkt ihrer Lancierung am 26. Juli 2011 dauerte es nur zweieinhalb Jahre bis zum Inkrafttreten eines neuen Verfassungsartikels. Die Volksinitiative kann also ein deutlich schnelleres Mittel für die Durchsetzung eines Beschlusses sein, auch wenn ihre Erfolgchancen recht gering sind, unter Betrachtung des Anteils der Initiativen, die in der Volksabstimmung angenommen wurden (5% der Initiativen zwischen 1979 und 2014). Diese schnelle Wirksamkeit und die Tatsache, dass das Parlament umgangen werden kann, sind möglicherweise Erklärungen für die Beliebtheit der Volksinitiative seit den 1970er-Jahren.

Die eidgenössische Volksinitiative scheint heute durchaus eine lebendige Realität zu sein, auch wenn ihre Chancen auf Zustimmung beim Volk nach wie vor gering sind. Sicher ist, dass die Volksinitiative derzeit für viel Gesprächsstoff sorgt und häufige Urnengänge der Bevölkerung erfordert. Dies bleibt im Übrigen nicht ohne Konsequenzen, da jede zustande gekommene Volksinitiative mit einem immensen administrativen Aufwand und enormen Kosten verbunden ist, die vom Steuerzahler zu tragen sind.

PIERRE-MICHEL COTRONEO

DER AUTOR IST HOCHSCHULPRAKTIKANT IN DER KONSULARISCHEN DIREKTION DES EDA UND ABSOLVIERT EIN MASTER-STUDIUM AM HOCHSCHULINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG (IDHEAP). DER ARTIKEL IST EIN AUSZUG AUS SEINER MASTER-ARBEIT.

BIBLIOGRAFIE

Bernard Degen. Volksinitiative. Historisches Lexikon der Schweiz.

Abrufbar im Internet unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10386.php>

Olivier Meuwly. 19 avril 1874, l'audace de la démocratie directe. Presses polytechniques et universitaires romandes: Lausanne, 2013. 110 Seiten.

Pietro Morandi. Konkordanzdemokratie. Historisches Lexikon der Schweiz.

Abrufbar im Internet unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10095.php>

STATISTISCHE QUELLEN

Daten vom Autor zusammengestellt nach Datenbank der Schweizerischen Bundeskanzlei.

http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis_2_2_5_9.html

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Artikel 136, 138, 139, 139b und 140 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, SR 101

Artikel 68 bis 76 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte vom 17. Dezember 1976, SR 161.1.

Publikationen

Broschüre «Der Bund, kurz erklärt, 2015»

Die Broschüre «Der Bund, kurz erklärt, 2015» der Bundeskanzlei bietet aktuelle Informationen zur Schweizer Politik, Verwaltung und Justiz. Sie ist eine der auflagenstärksten Publikationen der Bundesverwaltung.

Wie setzt sich das Parlament zusammen? Wie lange dauert es, bis ein Gesetz in Kraft tritt? Wie viele Personen arbeiten in der Bundesverwaltung? Worüber entscheidet das Bundesgericht? Solche Fragen beantwortet die Broschüre «Der Bund, kurz erklärt», welche die Bundeskanzlei alljährlich herausgibt. Die 80-seitige Publikation richtet sich an alle, die sich für das Schweizer Staatswesen interessieren. Viele Mittel- und Berufsschulen verwenden sie im Staatskundeunterricht.

Für die Texte arbeitet die Bundeskanzlei eng mit den Parlamentsdiensten, den Departementen und dem Bundesgericht zusammen. Infografiken veranschaulichen das Geschriebene und Fotos zeigen Bundesangestellte in den unterschiedlichsten Funktionen.

Als Sujet für das Deckblatt wählte die Bundeskanzlei dieses Jahr nicht eine Aufnahme des Bundeshauses, sondern den wunderschönen Tschingelsee im Berner Oberländer Kiental – eines von 283 durch den Bund geschützten Auengebieten der Schweiz.

«Der Bund, kurz erklärt, 2015» erscheint in einer Auflage von 292 000 Exemplaren in den vier Landessprachen und auf Englisch. Die Broschüre kann gratis bestellt werden beim Bundesamt für Bauten und Logistik unter www.bundespublikationen.admin.ch.



HELPLINE EDA

Telefon Schweiz: 0800 24-7-365
Telefon Ausland: +41 800 24-7-365
E-Mail: helpline@eda.admin.ch
Skype: [helpline-eda](https://www.skype.com/name/helpline-eda)

Reisehinweise

www.eda.admin.ch/reisehinweise
Helpline EDA +41 (0)800 24-7-365
www.twitter.com/travel_edadfae

itineris

Online-Registrierung für Schweizerinnen und Schweizer auf Auslandsreisen
www.eda.admin.ch/itineris



Plane gut.
Reise gut.

Die kostenlose App für iOS und Android

Pioniergeist, Leidenschaft und Spitzenleistungen

Die Schweiz gehört in der Polarforschung zur Weltspitze. Zwölf Beiträge illustrieren die Arbeit von Forscherinnen und Forschern aus der Schweiz an Nord- und Südpol: Welche Rolle spielen Arktis und Antarktis für unseren Planeten, wie empfindlich reagieren sie auf die menschengemachte globale Erwärmung und was dies heisst für die Zukunft – auch der Schweiz? Lesen Sie die Antworten zu diesen Fragen in der



neuen Publikation des EDA, zu bestellen unter

www.eda.admin.ch > Dienstleistungen und Publikationen > Publikationen > Alle Publikationen > Suchbegriff «Polarforschung».

Hinweise

Melden Sie Ihrer schweizerischen Vertretung Ihre E-Mail-Adresse(n) und Mobiltelefon-Nummer(n) und/oder deren Änderungen und registrieren Sie sich bei www.swissabroad.ch, um keine Mitteilung («Schweizer Revue», Newsletter Ihrer Vertretung usw.) zu verpassen.

Die aktuelle Ausgabe der «Schweizer Revue» sowie die früheren Nummern können Sie jederzeit über www.revue.ch lesen und/oder ausdrucken. Die «Schweizer Revue» (bzw. die «Gazzetta Svizzera» in Italien) wird kostenlos als Druckausgabe oder elektronisch (via E-Mail bzw. als iPad-/Android-App) allen Auslandschweizer-Haushalten zugestellt, die bei einer Botschaft oder einem Generalkonsulat registriert sind.

Eidgenössische Abstimmungen

Am 14. Juni 2015 wird über vier Vorlagen abgestimmt:

- Bundesbeschluss vom 12. Dezember 2014 über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich
- Volksinitiative vom 20. Januar 2012 «Stipendieninitiative»
- Volksinitiative vom 15. Februar 2013 «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»
- Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen.

Alle Informationen zu den Vorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates, Vote électronique etc.) finden Sie unter www.ch.ch/abstimmungen.

Zu den eidgenössischen Wahlen am 18. Oktober 2015 finden Sie Informationen, Anleitungen, Wissenswertes und weiterführende Links unter www.ch.ch/Wahlen2015 - dem gemeinsamen Auftritt von Bundeskanzlei, Parlamentsdiensten, Bundesamt für Statistik und ch.ch.

Volksinitiativen

Die folgende eidgenössische Volksinitiative wurde bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauffrist der Unterschriftensammlung in Klammern):

- «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)» (3. 9. 2016)
- «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» (10. 9. 2016)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch > Aktuell > Wahlen und Abstimmungen > Hängige Volksinitiativen.

Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Peter Zimmerli, Auslandschweizerbeziehungen
Bundesgasse 32, 3003 Bern, Schweiz
Telefon: +41 800 24 7 365
www.eda.admin.ch, mail: helpline@eda.admin.ch

Inserat

www.swissworld.org

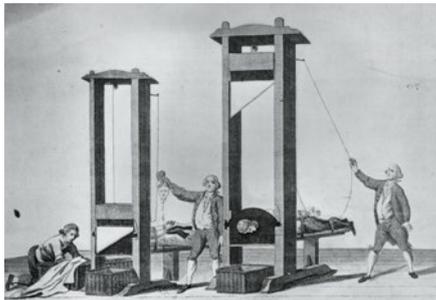
Your Gateway to Switzerland



Switzerland.

Wir und die Vergangenheit

Können wir aus der Geschichte etwas lernen? Wie wichtig ist das Wissen um unsere Geschichte, unsere Vergangenheit und um unsere Vorfäter und unsere Helden? Das sind Fragen, die derzeit in der Schweiz intensiv diskutiert werden. «Wir leben in geschichtssüchtigen Zeiten. Aus allen Ecken springt sie uns an, die Vergangenheit.» Das steht in der Einleitung zur neusten Publikation aus dem Hause NZZ – sie heisst «NZZ Geschichte» und der Name ist Programm. Grosses Thema in der ersten Ausgabe, erschienen Mitte April, ist «Napoleon – Der Erfinder der modernen Schweiz». Der von Thomas Maissen sehr leserlich geschriebene historische Artikel wird ergänzt mit zwei Geschichten über Schweizer Frauen, die mit Napoleons Leben eng verbunden sind: Germaine de Staël und Frau Oberst Regula Engel.



«Das heilsame Gemetzel» ist der Titel zu einem Gespräch über Marignano zwischen dem rechtskonservativen Chefredaktor der «Basler Zeitung», Markus Somm, und dem Historiker André Hollenstein. Im Beitrag «5 Minuten für ein historisches Bild» erfährt man alles über «die Maschine für humanes Hinrichten», die Guillotine. Das Heft ist sorgfältig gestaltet und für an Geschichte interessierte Laien und nicht für Historiker geschrieben.



■ «NZZ Geschichte», Verlag NZZ, Zürich; 122 Seite; erscheint viermal jährlich; Einzelheft CHF 18.–, Jahresabonnement CHF 58.–, Ausland Euro 77 .



Der Weg zu politischer Gleichberechtigung

Sie versucht es mit einem neuen Blick und einem neuen Zugang – und es gelingt ihr bestens. Die Historikerin Franziska Rogger nimmt sich der Geschichte und dem Einsatz der Schweizer Frauen für politische Gleichberechtigung an. Viel ist lamentiert worden über den langen, steinigen Weg, über die Hindernisse und die Verhinderungstaktiken der Männer auf diesem Gebiet. Das lässt Franziska Rogger sein. Sie erzählt in ihrem Buch «Gibt den Schweizerinnen ihre Geschichte!» den Frauenstimmrechtskampf als einen Weg aus vielen kleinen Erfolgen – wenn auch beschwerlich und manchmal zermürbend. Sie zeigt, wie viel Fantasie, Kampfgeist, Überzeugungsarbeit, Solidarität über alle Herkommens- und Parteigrenzen

hinweg in dem langen Kampf stecken. Im zweiten Teil des Buches widmet sich Rogger eingehend dem Leben von Marthe Gosteli, der heute 98-jährigen Gründerin des Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung. Aus langen Gesprächen mit der wohl bedeutendsten Frauenrechtlerin der Schweiz entstand eine Art Familiengeschichte der Gostelis, wo der Vater Patriarch und Politiker war, die Frauen aber sehr wohl auch etwas zu sagen hatten. Das Buch liest sich leicht, weil Franziska Rogger eine gute Geschichtenerzählerin ist und weil sie sicher bewusst Jargon und Duktus der Historiker meidet.

■ Franziska Rogger, «Gibt den Schweizerinnen ihre Geschichte!», Verlag NZZ libro, Zürich, 2015; 396 Seiten; CHF 48.– www.nzz-libro.ch



Ein Comic über ein Leben im Genfer Exil

Mit seinem im Frühjahr erscheinenden Comic «Wonderland» erzählt der Italo-Schweizer Tom Tirabosco eine Geschichte voller Kraft und Zärtlichkeit. Die autobiografische Erzählung beruht auf dem Leben der Tiraboscos in Rom und in Genf. In der ewigen Stadt lernt die Schweizer Touristin Jacqueline den Hotelangestellten Antonio mit seinem Faible für den Belcanto kennen. 1966 kommt Tom zur Welt, zwei Jahre später sein Bruder Michel. Doch er hat keine Hände und ein verküppeltes Bein. Für die Behandlung muss die Familie in die Schweiz ziehen, wo sich erneut Familienzuwachs einstellt.

«Wonderland» – in Schwarz-Weiss gehalten – ist die Geschichte der Zweifel und Hoffnungen von Tom. Der Junge wächst in einem kleinen Wohnkomplex im Genfer Umland auf



und ist gefangen zwischen einem jähzornigen und chauvinistischen, aber liebevollen Vater und einem leidenden Bruder, der jedoch vor Lebensgier brennt. Wie soll er in diesem Umfeld, zu dem noch eine Mutter mit ebenfalls rebellischem Charakter gehört, seinen Platz finden?

Beim Zeichnen wird Tom die Lösung finden – angetrieben von der Liebe zu den Tieren und Ozeanen. Bis die Verschmutzung der Welt den Zeichner schliesslich in die Schwermut treibt. Gleichwohl mangelt es dem Comic nicht an Humor.

Das Werk von Tirabosco liest sich auch wie eine Chronik der Kinder der Generation X.

www.atrabile.org
www.avant-verlag.de/artist/tom_tirabosco

■ Tom Tirabosco «Wonderland»; éditions Atrabile, Genf; 136 Seiten; CHF 25.50. EUR 22

Neue Regeln für Volksinitiativen

Für eidgenössische Volksinitiativen sollen künftig strengere Regeln gelten, das verlangt der Think-Tank Avenir Suisse. Die Volksinitiativen würden immer häufiger als politisches Werbemittel eingesetzt, was nicht ihrem Zweck entspreche. Avenir Suisse schlägt vor, die Unterschriftenzahl auf 211 000 zu erhöhen – das wären 4 Prozent der Stimmberechtigten. Zudem sollen in der Vorprüfung die Kriterien für eine Ungültigkeitserklärung strikter angewendet werden.

Mehr Gäste als erwartet

Die Hotellerie in der Schweiz verzeichnet entgegen allen Prognosen gute Zahlen. Im Februar 2015 gab es laut dem Bundesamt für Statistik insgesamt 3,1 Millionen Logiernächte, was gegenüber Februar 2014 einer Zunahme von 6,0 Prozent (+176 000 Logiernächte) entspricht. Knapp die Hälfte ging auf das Konto inländischer Gäste. Das ist ein Plus von 8,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei den ausländischen Gästen betrug die Zunahme 3,8 Prozent.

Neues Komitee zur Rettung der Bilateralen

«Vorteil Schweiz» nennt sich ein neues Komitee, das sich gegen die Vereinigung «EU-NO» von alt Bundesrat Christoph Blocher und gegen den Angriff der SVP auf die bilateralen Verträge und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zur Wehr setzen will. Zu den Gründungsmitgliedern gehören unter anderen die SP-Ständerätin Pascale Bruderer, die Nationalräte Ruedi Noser (FDP), Hans Grunder (BDP), Filippo Lombardi (CVP) und Raphaël Comte (FDP) sowie die Unternehmer Jobst Wagner und Hansjörg Wyss. Die beiden sind offenbar bereit, zwei Millionen Franken für die Anschubfinanzierung zu spenden. Sollte es zu einer Abstimmung über die bilateralen Verträge kommen, stellen sie laut Medienberichten weitere fünf Millionen zur Verfügung.

Corrigendum

Im Editorial der «Schweizer Revue» vom April stand, in der Wahlplattform der Sozialdemokratischen Partei (SP) stehe «kein Wort» über die Beziehung der Schweiz zur EU. Die SP ist mit dieser Darstellung nicht einverstanden. Richtig ist: In keinem der zehn Projekte des Wahlprogramms findet Europa Erwähnung, im Vorwort zur Wahlplattform steht jedoch fünfmal das Wort «Europa».

Hans Erni

Am 21. März ist der Maler, Zeichner und Bildhauer Hans Erni gestorben. Einen Monat nach seinem 106. Geburtstag. Erni fing in den Zwanzigerjahren an zu malen, bekannt wurde er durch ein Wandgemälde für die Landesausstellung 1939, fünf Meter hoch und hundert Meter lang. Zahlreich sind die von Erni gestalteten Plakate, bei denen er sein Engagement für eine gerechtere Welt durchscheinen liess. Er setzte sich ein für die Einführung der AHV, für das Frauenstimmrecht – und gegen Atomwaffen.



«Wir können es nicht dulden, dass Menschen untergehen.»

Bundesrätin Simonetta Sommaruga, zum Flüchtlingsdrama im Mittelmeer

«Wer im Geld schwimmt, hält einen Rettungsring für eine Zumutung.»

Ernst R. Hauschka (1926 – 2012), deutscher Lyriker und Aphoristiker

«Die Schweiz wird Schritt für Schritt kaputt gemacht.»

Toni Brunner, Präsident der SVP, über die vermeintliche Mitte-links-Allianz im Parlament

«Die Schweiz ist schon untergegangen. Die Schweiz, in der Sie und ich aufgewachsen sind. Aber sie entsteht jeden Tag neu. Vielfältiger. Welthaltiger. Überraschender. Machen Sie mit und freuen Sie sich darauf!»

Franz Hohler, Schweizer Schriftsteller und Kabarettist

«Früher hat die FDP Lösungen aufgetischt und gleich noch eine Dissertation als Begründung nachgeschoben. Diese Zeiten sind vorbei.»

Philippe Müller, Präsident der FDP, über den neuen Stil und das neue Selbstverständnis seiner Partei

«Mit dem Status ist es wie mit der Ehre. Beides gibt es nur in den Augen der anderen.»

Katja Gentinetta, Schweizer Politphilosophin

«Leichtsinn ist die fröhliche Art, Erfahrungen zu sammeln.»

Art van Rheyn (1939 – 2005), deutscher Dichter und Aphoristiker

«Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.»

George Bernard Shaw (1856 – 1950), irischer Dramatiker und Politiker

Grand Tour of Switzerland.



Schweiz.
ganz natürlich.



Airolo, Tremola, Tessin

Vom Gletscher zu den Palmen, von pulsierenden Städten zu unberührten Geheimtipps:
Erleben Sie die Vielfalt der Schweiz auf einer Route. [MySwitzerland.com/grandtour](https://www.myswitzerland.com/grandtour)